

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 2,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 nummer mit Multiplikatoren Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat
 eingetragene in die Post-Zeitungs-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat.

Ersteilung täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

besteht für die schlaggedruckte Anzeigen-
 stelle oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Anzeigen
 und Berichterstattungen 25 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (stetig-
 gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 8 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegraphisch-Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Verantwortlicher: Amt IV. Nr. 1982.

Donnerstag, den 9. November 1905.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Verantwortlicher: Amt IV. Nr. 1984.

Ein konservativer General als „Revolutionär“.

Das Jahr 1905 ist ein wunderbares Jahr. Es hat die Welt wie umgewandelt. Wo es früher vieler Jahre bedurfte, um die Beziehungen der Staaten und Völker von Grund aus umzugestalten, das ist ihm mit einem Schlage gelungen. Der Friede zwischen Rußland und Japan, ein Ereignis, das in früherer Zeit die Beziehungen zu den nicht beteiligten Staaten kaum berührt hätte, hat eine revolutionäre Wirkung hervorgerufen, die das Angesicht der Welt veränderte. Im fernen Osten ist Rußland — dessen Selbstherrscher noch vor wenig Jahren als Admiral des Stillen Ozeans antelegraphiert wurde — von der politischen Bildsäule verschwunden. Es hat seinen Platz an seinen Besieger Japan abtreten müssen, das nunmehr die Vormacht für ganz Asien geworden ist, gestärkt durch den Bündnisvertrag mit England, der den beiden die See-, Land- und Handels Herrschaft im Osten auf unabsehbare Zeit garantiert.

Der Friede von Portsmouth hat aber auch seine Wellen nach Europa geschleudert und alle alten Beziehungen aus den Fugen getrieben. Der Dreibund, jahrzehntlang das Schutz- und Trutzbündnis zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien, das als die sicherste Gewähr für den europäischen Frieden erschien, steht nur noch auf dem Papier. Sollte es das Unglück wollen, daß morgen oder übermorgen zwischen Deutschland auf der einen und Frankreich und England auf der anderen Seite ein Krieg ausbräche — was ja, seit die deutsche Politik die Marokkofrage so gründlich verfahren hat als jemals eine Frage von internationaler Bedeutung verfahren worden ist, nicht mehr als ganz unmöglich gelten kann, — weder Oesterreich-Ungarn noch Italien ließe einen einzigen Mann als Hilfe für Deutschland marschieren. Deutschland müßte froh sein, daß sein „Erbsfreund“ Rußland, dessen Erbfeindschaft in der Gründung des Zweibundes „Rußland-Frankreich“ gipfelte, von der Revolution durchwühlt wird, ansonsten es mit Frankreich und England gemeinsame Sache gegen es machen würde. Die Stunde wäre niemals für Rußland günstiger als in einem solchen Krieg, um den längst ersehnten Raub der preussischen Ostseeprovinzen zu vollziehen; denn seitdem Rußlands Expansionsfähigkeit für unabsehbare Zeit an den Gestaden des Stillen Ozeans eine unübersteigliche Grenze gefunden hat, wird es nunmehr im Westen zu erlangen suchen, was ihm im Osten verweigert worden ist, Häfen am Meere. Der Besitz des Bosporus und der preussischen Ostseeprovinzen sind von jetzt ab das Ziel seiner Wünsche. Das hat auch Graf Witte, wie ganz selbstverständlich ist, deutlich erkannt und kürzlich in einem wenig beachteten Interview mit der Bemerkung bestätigt: Rußland werde nunmehr im Westen zu erlangen suchen, was ihm im Osten verweigert blieb. Er sei mit dieser neuen Aufgabe seines Landes zufrieden.

Man müßte mit vollendeter Blindheit geschlagen sein, wollte man diese für Deutschland so verhängnisvolle Situation in der Wilhelmstraße und im Hohenzollernschloß an der Spree übersehen. Alle noch so krampfhaften Versuche, dem in höchster Angst vor seinem eigenen Volke lebenden Jaren durch alle denkbaren Liebesdienste sich zu verpflichten, ändern an den geschilderten Tatsachen nichts, absolut nichts.

Hat so im Laufe dieses Jahres durch die gekennzeichneten Vorgänge sich die äußere Situation der europäischen Staaten außerordentlich verschärft und die Gefahr eines großen europäischen Krieges nähergebracht, als sie je seit 1871 vorhanden war, so ist auch in der inneren Entwicklung großer, bisher zurückgebliebener Staaten ein mächtiger Schritt nach vorwärts geschehen.

Die russische Revolution, die unter Führung der Sozialdemokratie immer mächtiger und tiefer wirkt, hat das noch vor kurzem für unmöglich gehaltene möglich gemacht. Der russische Despotismus ist im Sturz begriffen und was an seine Stelle tritt, kann nur ein neues modernes Rußland sein, das in mehrfacher Beziehung die westeuropäischen Staaten durch neugeschaffene Einrichtungen ebenso überraschen dürfte, wie seine Revolution Europa und die Welt überrascht hat.

Mit dem neuen Rußland ist aber auch das alte Preußen unter der brutalen Herrschaft und Anrechtenschaft des Junkertums und des Scheinkonstitutionalismus in seinem Lebensnerv bedroht. Ein demokratisches Rußland im Osten und ein republikanisches Frankreich im Westen sind zwei Nachbarn, an denen die preussische Junker- und Polizeiherrschaft unaußweichlich in die Brüche geht. *Tua res agitur!* Um Deine Sache handelt es sich! sagte vorahnend Herr Schönstedt, als er die russischen Polizeipisgel und die preussischen Justizgefängnisse für Rußland in Schutz nahm. Auch er gehört bald zu den Bewesenen.

Die Freiernisse in Rußland haben zunächst das Proletariat in seinen Nachbarstaaten in höchste Erregung gebracht. In Ungarn hat das bei der geringen großindustriellen Entwicklung verhältnismäßig schwache Proletariat, unter Führung der Sozialdemokratie, die schandbare Klassen- und Nationalitätenherrschaft der Magyaren ins Wanken gebracht. Allerdings begünstigt durch einen Konflikt zwischen dem ungarischen König, dem Kaiser von Oesterreich, und der nach unumschränkter Herrschaft trachtenden ungarischen Aristokratie und Bourgeoisie.

In seiner Verzweiflung, in diesem Kampfe mit den geringen Kräften des ihm günstig gesinnten Restes der herrschenden Klassen nicht siegen zu können, kommt der alte Franz Josef nahe vor dem Ende seiner Tage auf den sublimen Gedanken, es mit dem allgemeinen Stimmrecht zu versuchen und den Teufel durch Beelzebub auszutreiben.

Kaiser Franz Josef und sein ungarisches Ministerium werden die Bundesgenossen der ungarischen Sozialdemokratie und ziehen nunmehr am gleichen Strang, in dem Bestreben, das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht in Ungarn für alle Klassen und Nationalitäten durchzusetzen. Da sage man noch, daß in der Weltgeschichte der Humor fehlt! Und als Vertreter des österreichischen Kaisers und ungarischen Königs tritt ein alter Haubegen, der General Freiherr von Fejervary, an die Spitze des Kabinetts, der sich wohl bisher weit mehr hätte träumen lassen, einmal an der Spitze seiner Soldaten mit blauen Bohnen gegen die Sozialdemokratie vorzugehen, als Arm in Arm mit ihr den Kampf gegen den ungarischen Hochadel und die Bourgeoisie aufzunehmen.

Aber der alte Haubegen hat sich überraschend geschickt in der neuen Situation zurechtgefunden und hat in den letzten Tagen des Oktobers eine Rede über das allgemeine Wahlrecht und sein Programm gehalten, die durch ihren Radikalismus frappiert.

Er führte unter anderem aus:
 „Die Frage der Parlamentsreform ist in der öffentlichen Meinung auf Grundlage der Erkenntnis gereift, daß diese Verhältnisse nicht nur vom Gesichtspunkt des politischen und gesellschaftlichen Gleichgewichtes unhaltbar sind, sondern noch mehr von jenem Gesichtspunkt aus, der als Lebensziel und Existenzbedingung des Parlamentarismus die zweckbewusste Pflege der Interessen, der Rechte, der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bestrebungen der weitesten Volksschichten anstrebt. Und wer mit lebendem Auge die Entartung unserer öffentlichen Verhältnisse betrachtet, dem konnte der ursächliche Zusammenhang nicht entgehen, der bei uns zwischen dem Anarchismus des allzu eng bemessenen Stimmrechtes und der Sterilität des Parlaments besteht.“

Denn was ist der charakteristische Zug der letzten Jahre des ungarischen Parlamentarismus? Einerseits, daß die dringendsten und lebendigsten wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Interessen vollkommen brachliegen und von der Volksvertretung keinerlei Berücksichtigung erfahren, andererseits aber, daß die teure Zeit des Landes auf unfruchtbare staatsrechtliche Debatten und auf zänkliche Querspalterereien vergeudet wurde. Daß der mittlere Grundbesitz verfällt, der seine Grundbesitz vernichtet wird und die Zahl der zwerghaften Besitztümer in erschreckender Anzahl anwächst; daß von den dreizehn Millionen der agrarischen Bevölkerung Ungarns ganze zehn Millionen dem landwirtschaftlichen Proletariat angehören. Ein Parlament, aus dessen Wählerkörper das Gros des Volkes künstlich ausgeschlossen ist, kann keine Empfänglichkeit für die Launen und Bedürfnisse des wahren Volkes empfinden, und ein Parlament, welches sich nach unten nicht abhängig fühlt, fühlt sich auch jener Aufgaben der Volksvertretung entheben, welche in der vorstehenden und liebevollen Pflege der Interessen der breiten Volksschichten besteht. . . .

Und eine Entwirrung, eine wirkliche Entwirrung, eine solche, welche nicht bei den Symptomen der Krankheit stehen bleibt, sondern bis zu ihren letzten Gründen hinunterreicht und das Uebel an der Wurzel heilt; eine solche Entwirrung kann einzig und allein eine solche Parlamentsreform bringen, welche das Parlament wieder den Volksinteressen und dem Volkswillen einfügt. Von der Ausübung der politischen Rechte kann niemand ausgeschlossen werden, der seine Pflichten gegenüber dem Staate erfüllt, und darum, meine geehrten Herren, hat die Regierung an die Spitze ihres Programms das allgemeine, geheime, gemeinbeweise und unmittelbar auszubende Stimmrecht gestellt. . . .

Zum Schluß sagte noch Fejervary:
 „In der Tat, es gibt keine nationale Größe ohne demokratischen und sozialen Fortschritt, und es gibt keine soziale und demokratische Entwicklung ohne die kluge und opferfreudige Entfaltung der nationalen Kräfte. . . .“

Man wird vergebens in Preußen-Deutschland nach einem General suchen, der mit soviel Klugheit und Weisheit zu einer Vermählung zu sprechen vermöchte. Und Herr von Viktor? . . .

Der ungarischen Sozialdemokratie folgte in ihrem Kampfe für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht die österreichische Sozialdemokratie in der sogenannten eisleithanischen Reichshälfte. Und siehe da, kaum erhebt sie ihre Forderungen, so erklärt auch schon der österreichische Ministerpräsident Herr v. Gautschi, die Regierung beschaffte sich mit einer Vorlage betreffend die Einführung des allgemeinen Stimmrechtes.

Was der ungarische König dem ungarischen Volke als Rettungsanker aus der staatlichen und gesellschaftlichen Misere verspricht, kann der in der gleichen Person verkörperte österreichische Kaiser dem Volke der anderen Reichshälfte nicht vorenthalten. Ereignisse haben ihre Logik.

Wenn aber in Rußland und in Oesterreich-Ungarn das Proletariat in der geschilderten Weise seine Bürgerrechte fordert, kann da die Arbeiterklasse in Preußen und Norddeutschland länger Gewehr bei Fuß stehen und sich von einem übermächtigen Junkertum und einer prohenhaften Bourgeoisie ihr selbstverständliches Bürgerrecht vorenthalten lassen?

Will die Arbeiterklasse Preußen-Norddeutschlands — die süddeutschen Staaten haben bereits das allgemeine, gleiche direkte und geheime Wahlrecht, mit Ausnahme Bayerns, das mitten in den Beratungen für die Einführung dieses Wahlrechtes für die Landtagswahlen steht — die an Intelligenz und politischer Bildung es mit jeder Arbeiterklasse der Welt aufnehmen kann und nach Zahl, Kraft und Leistungsfähigkeit für die ökonomische Entwicklung des Landes der erste Faktor ist, wie nicht minder für die militärische und marinepolitische Macht — will diese Arbeiterklasse ferner der Paria im Staate bleiben?

Soll nicht diese Arbeiterklasse ihre gefunden Knochen zu Markte tragen, wenn die Fehler der Regierenden den europäischen Krieg entzünden, um ein Vaterland zu verteidigen, das ihnen als Rechtlosen gleichgültig sein muß? Wer Pflichten hat, soll auch Rechte haben. Sinnen doch wieder Regierungen und herrschende Klassen, wie die Lasten der arbeitenden Klassen abermals zu Ehren des heiligen Militarismus und Marinismus erhöht werden können. Obendrein in einem Augenblick, in dem uns die Beschermung des neuen Volkstums mit weiterer Erhöhung der Preise für die notwendigsten Lebensmittel bevorsteht.

Es tritt also auch an die Arbeiterklasse Preußens und Norddeutschlands die Frage heran: Was nun?

Wohl werden die Arbeiter Preußens und Norddeutschlands nicht mit der gleichen Leichtigkeit wie die Arbeiter Ungarns und Oesterreichs in den Besitz des allgemeinen gleiches geheimen und direkten Wahlrechtes gelangen, aber der stärkeren Macht der Feinde steht auch ein ungleich stärkeres und politisch geschulteres Proletariat gegenüber.

Es handelt sich um einen Kampf mit friedlichen Mitteln, um das erste und wichtigste Bürgerrecht. Wie dieser Kampf am besten und mit Erfolg geführt werden kann, ist Aufgabe spezieller Beratungen, welche die zuständigen Organisationen und ihre Leiter zu führen haben.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. November.

Russische Kriegsberichterstattung in Südwestafrika?

Ein tiefer Blatt veröffentlicht einen Feldpostbrief eines inzwischen gefallenen Offiziers der Schutztruppe in Südwestafrika, des Leutnants *Waldemann*, der ein ganz eigenartiges Licht auf die von Trotha beliebte südwestafrikanische Kriegsberichterstattung wirft. In dem vom 29. März d. J. aus *Behanien* datierten Briefe heißt es:

„Du hast jedenfalls von den vielen Siegesnachrichten in den Zeitungen gelesen und bist wohl auch wie alle in der Heimat der Meinung, daß hier nun bald liberal Ruhe und Frieden ist. Wir sind mit unseren „Siegen“ bisher so weit gelangt, daß wir jetzt im Süden genau auf demselben Standpunkte stehen wie zu Beginn des Hottentottenaufstandes. Wie es im Norden aussieht, entzieht sich meiner Beurteilung, da man von dort nur etwas aus deutschen Zeitungen hört, und was da drin steht. . . . das glaubt man eben nur in Deutschland.“

Bezeichnend für den Zustand der Ruhe ist, daß vor kurzer Zeit dicht bei *Diobanja* eine Proviantkolonne von den Hereros überfallen worden ist. Hier im Süden haben wir uns bis Beginn des März in gänzlicher Defensiv gehalten; die einzelnen Gefechte im Dezember und Januar waren eigentlich nur Ausfallsbewegungen aus dieser. Sie endeten auch stets mit der Rückkehr der betreffenden Truppen nach dem Ausgangspunkt; das bedeutet unter diesen Verhältnissen, daß nichts erreicht wurde. Die übliche Siegesnachricht von Zersprengung des Feindes, diesseitigen (aber nicht jenseitigen!) Verlusten etc. kam nach der Heimat, und damit war die Sache erledigt.

Anfang März ist nun von *Reetmannshoop* aus eine kräftige Offensive gegen die *Karrasberge* ausgenommen worden und Scheinbar auch mit dem Erfolge durchgeführt, daß die Wuschmänner zurückgebracht worden sind. Sie sitzen nun in den Bergen, umschlossen von den Unserigen, und erwarten den Angriff — oder gehen selbst dazu vor. . . .

Kann die Verhältnisse nun einmal hier anders werden, weiß man nicht, läßt sich auch nicht beurteilen. Es ist eben an Stelle von *Deimling* wieder ein anderer hergekommen, jetzt erst aus Deutschland, der nun wieder von vorn anfangen wird. Wollte man doch in der Heimat nicht so viel über russische Verhältnisse reden und spötteln, erst mal die Nase hierherstecken, und sich nicht der Einsicht verschließen, daß manches faul im Staate *Dänemark*.“

Man begreift nach solchen Herzergüssen immer mehr, warum General *Trotha* das Verbot erließ, keinerlei Mitteilungen über die südwestafrikanischen Vorgänge in die Presse gelangen zu lassen!

An dem Bilde, das der gefallene Offizier von der Situation im Anfang dieses Jahres gibt, lernt man erst die gegenwärtige Lage richtig verstehen. Die Siegesnachrichten, die Angaben über die Verluste der Hottentotten, „glaubt man eben nur in Deutschland“. In der Tat, wenn man sich die Mühe machen wollte, die amtlich gemeldeten Verluste der Hottentotten einmal zu addieren, so würde sich wahrscheinlich dasselbe Resultat ergeben, über das man bei den englischen Berichten über den Burenkrieg bei und so viel gespöttelt hat: daß nämlich schon viel mehr Hottentotten gefallen sind, als überhaupt jemals im Felde gestanden haben! In Wahrheit sind die Verluste der Hottentotten fast stets geringer gewesen, als die unserer Schutztruppe!

Man war bisher in deutschen Militärkreisen so stolz darauf, daß man keine Tatarennachrichten über erfindene Siege in die Welt posaune. Und nun zeigt es sich, daß schon der erste erfindliche Kolonialkrieg, den deutsche Truppen führen, dieselben Unaufrichtigkeiten, dieselbe Täuschungstaktik zeitigt, die man bei anderen Nationen so von oben herab tadelte!

Diese Täuschungstaktik geschieht freilich nicht nur dem militärischen Prestige zuliebe. Man will das deutsche Volk geistlich in Unwissenheit erhalten über die Dauer eines Krieges, dessen Unnützigkeit nach Ursache und Verlauf so klar vor aller Augen liegt!

Ein Satyrspiel zu den badischen Landtagswahlen.

Aus Baden wird uns geschrieben: Unser offizielles Regierungsorgan, die „Karlsruher Ztg.“, ist ein recht langweiliges Blatt, das sich meist darauf beschränkt, außer den amtlichen Anzeigen einiges Gesalbade aus der sogenannten hohen Politik zu bringen. Nur bei außergewöhnlichen Vorgängen kann auch das badische Regierungsorgan, wie die letzten Tage beweisen haben, interessant werden. So z. B. jetzt, anlässlich der Landtagswahlen. Nach der Hauptwahl, als das Zentrum 28 Sitze erlangt hatte und noch an 23 Stichwahlen beteiligt war, schrieb das Regierungs-Drafel:

Die Sachlage dürfte Versuche zu Parteiverbindungen zeitigen, über deren mögliche oder vorausichtliche Gestaltung wir uns begreiflicherweise jeder Äußerung enthalten. Man wird immerhin sagen können, daß, wie der Hauptwahlkampf Parteien in engere Kampfbündnisse zusammenführte, die sich bis vor kurzer Zeit noch in grundsätzlichen Fragen schieden, die Stichwahl vielleicht zu Kompromissen Veranlassung geben könnte, deren Möglichkeit seither vielfach ausgeschlossen erschien.

Wenn diese „staatsmännische“ Stilübung einen Sinn haben sollte, dann kann es nur der sein, daß, wenn Freisinnige und Demokraten, die sich früher grundsätzlich von den National Liberalen schieden, für die Hauptwahl ein Bündnis mit letzteren eingegangen waren, die Stichwahl möglicherweise gar ein Bündnis mit der Sozialdemokratie bringen könnte. So wurde der Satz auch allenthalben aufgeführt, und da er mit der weisen Bemerkung schloß: „Doch darüber mögen die Parteien entscheiden“, so waren die National Liberalen glücklich. Sie fühlten sich gewissermaßen in Uebereinstimmung mit der Regierung bei dem Streben nach einem national liberal-sozialdemokratischen Stichwahlbündnis.

Am Tage vor der Stichwahl kam auch einmal ein Dementi: jener Satz sei keineswegs die Empfehlung eines liberal-sozialdemokratischen Bündnisses. Man nahm den Satz nicht tragisch. National liberale Regierungspolitiker meinten, die Regierung müsse sich doch gegenüber den wüsten Demagogentreibungen des Zentrums salbieren. Und am Stichwahltag stimmten denn auch die Liberalen wie versprochen für die sozialdemokratischen Kandidaten.

Der Erfolg der Stichwahlen ist bekannt, die National liberalen schnitten mit sozialdemokratischer Hilfe glänzend ab und haben sogar, wenn sie im Vorderrunde bleiben, die relative Mehrheit gegenüber dem Zentrum gerettet. Da rauchte ein kalter Wasserstrahl auf die Glücklich Her nieder. In badischen Hofkreisen ist man auf die Sozialdemokratie besonders schlecht zu sprechen; früher als der Großherzog noch öfter als politischer Gelegenheitsredner auftrat, kam das in diesen Reden zum Ausdruck. Jetzt spricht er wenig, aber die Stimmung gegen uns ist bei Hofe dieselbe geblieben. Man haßt die Sozialdemokratie; und dieser Hofstimmung müssen die Minister Rechnung tragen. Dementiprechend hat ein guter Minister von Zeit zu Zeit eine kleine Speziallatake gegen die Sozialdemokratie zu reiten. So auch jetzt. Die Zentrumsgeschichte gebirgt den Satz von der Möglichkeit unerwarteter Bündnisse; die Furcht, bei Hofe anzukommen, führte zu dem antisozialdemokratischen Dementi, und da es zu spät für die Stichwahl kam, so folgt jetzt ein offizieller Rückfall der National liberalen. In diesem offiziellen Artikel, der sich mit dem Endergebnis der Landtagswahlen beschäftigt, heißt es:

„Wer von höherer Warte den Strömungen des öffentlichen Lebens lauscht, kann es nur tief beklagen, daß die Angehörigen eines auf besonnene und friedliche Entwicklung des Staates und der Gesellschaft bedachten Liberalismus sich in dem kritischen Augenblick aus taktischen Wahlbedürfnissen dazu verstanden haben, ein Wahlbündnis mit den Anhängern einer Partei abzuschließen, deren zentrale Leitung, wie dies noch eben die Tagung in Jena kundgetan hat, an ihren auf den Umsturz der jetzigen Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Parteibestrebungen entschieden festhält und zur Erreichung dieses Endzwecks sogar nicht vor revolutionären Mitteln, wie dem dort gebilligten Massenstreik, zurückzuckt. ... Die Ziele, die unserm erhabenen Landesherrn und seiner Regierung stets den Weg vorgezeigt haben, sind jedem vaterländisch Gesinnten bekannt. ... Die Fortentwicklung unseres öffentlichen Lebens in der sicheren Richtung dieser Ziele wird nur dann gewährleistet sein, wenn alle Angehörigen der bürgerlichen Parteien bei ihrer Tätigkeit im Landtage sich stets energisch dessen bewusst bleiben, was sie grundsätzlich und dauernd von den auf gewaltsamen Umsturz der Gesellschafts- und Staatsordnung gerichteten Parteibestrebungen scheiden muß und in alle Zukunft scheiden wird.“

Vor dieser Artikel erschien, wurden sämtliche Minister zum Großherzog befohlen. Das wird nicht ohne Einfluß auf den Ton gewesen sein, in dem dieser Verweis für die national liberale Partei abgefaßt ist. Keuchert spähhaft ist jedoch, wie sich die National liberalen damit abfinden. Das offizielle Parteiblatt hat noch etwas Wahlmut, es gibt den Rüssel „mit Protest zurück“. Doch ein anderes national liberales Blatt, das vom Chef der Landtagsfraktion inspiriert wird, sieht in dem Artikel gar keine Ursache zur Enttäuschung. Und von diesem „Liberalismus“ hat der sozialdemokratische „Volksfreund“ in Karlsruhe geschrieben, daß er die Feuerprobe bestanden habe!

Obstruktion!

Die Internationalität des Proletariats ist wahrhaftig keine Phrase. Das lehrt in herzerquickender Deutlichkeit wieder einmal die Art und Weise, wie Oesterreichs Eisenbahner für ihre Forderungen und Rechte kämpfen. „Passive Resistenz“, so hieß das originelle Mittel, das Italiens Eisenbahner vor einiger Zeit anwandten, um zu beweisen, daß sich der Arbeiterschaft immer neue Wege öffnen, wenn es gilt, dem Kapitalismus und den Kapitalisten ein Schnuppchen zu schlagen. Von Italiens Eisenbahnern lernten die Kollegen anderer Länder und jetzt die braven Oesterreicher, „passive Resistenz“ zu üben; denn die proletarische Internationalität will von Patentierung neuer Kampfmethoden nichts wissen.

Was ist nun eigentlich „passive Resistenz“? Das einfachste Ding der Welt: Nichts weiter als eine von jenen Gesetzmäßig-

keiten, die nach dem berühmten französischen Worte töten: Die Instruktionen werden im buchstäblichen, wörtlichen Sinne der Bestimmungen ausgelegt und angewendet. Ein Beispiel für viele: Beim Verschieben sollen die Waggon auf Nebenleise geführt, nicht abgestoßen werden. Der Verschieber sieht dabei gewöhnlich auf der Maschine, anstatt nach dem Reglement neben den Waggon einherzugehen. Nun gut! Führen wir also jeden Wagen auf das bestreiffende Gleis, gehen wir nebher. Ob der so zusammengesetzte Zug zwei, drei oder gar vier Stunden Verspätung erhält — was schiert's uns? Wir beachten das Reglement!

Tragikomisch ist, daß die Behörden, denen all die vielen Instruktionen, Dienstamweisungen usw. zu verdanken sind, sich in der geschiederten Situation nicht genug tun können, ihrem Jorne über die Obstruktion der Instruktionstreuen Arbeiter Luft zu machen. Diefelben Behörden, die sich unter Umständen nicht schämen, auf Verlegung der Instruktion hinzuweisen, wenn bei Nichtbeachtung der Vorschriften ein Unfall entstanden ist, auf Grund dessen der Verlegte oder seine Familie eine Rente beanspruchen zu dürfen glaubt.

Am fassungslosesten ist die regierungs- und privatbahn-freundliche Horde darüber, daß die frechen Eisenbahner sich nicht damit begnügen, ihren Kampf um die ursprüngliche Forderung: Erhöhung des Lohnes um 20 Proz. — zu führen, sondern daß sie die Dreistigkeit besitzen, in ihre Lohnbewegung die Aktion für's allgemeine Wahlrecht hineinzulegen! Das scheint den Herrschaften doch gar zu toll, und ihre Enttäuschung deswegen ist sicher ehrlicher als die laule Aushere: die geforderte Lohnerhöhung könne unmöglich bewilligt werden, da sie jährlich eine Mehrausgabe von 16 (sechzehn!) Millionen Kronen bedeuten würde!

Es versteht sich von selbst, daß die Löhnerbewegung, die sich bereits über ganz Böhmen erstreckt, der Industrie schnell fühlbar zu werden beginnt. Eine ganze Anzahl Fabrikanten jammert bereits über Kohlenmangel, und hier und da mußten gar Betriebe die Arbeit ganz einstellen. Das ist nur nicht sehr angenehm für die betroffenen Arbeiter, aber die proletarische Solidarität kann nicht immer und ausschließlich Vorteile bringen, sie muß auch einmal Opfer heischen dürfen.

So lange die Herrschaften es „nur“ mit der Hartnäckigkeit der böhmischen Eisenbahner zu tun hatten, setzten sie noch eine siegesichere Meise auf. Nun aber, da die Bewegung immer stärker und stärker auf ganz Oesterreich übergreift, fallen ihnen die Herzen doch allmählich in die Hosen. In ihrer Himmelsangst klammern sich die Kapitalisten an die Strohalm-Hoffnung, schlimmstenfalls die Bahnverwaltungen auf Grund der Gaspflicht verantwortlich zu machen. Die Loren! Sie müßten doch wissen, daß noch immer Ereignisse wie Streiks, Boykotts usw. von freundlichen Richtern elementaren Ereignissen wie Bliz, Erdbeben, Ueberschwemmung gleich gewertet worden sind. Viel Ehre für die Arbeiter!

Die Parteileitung der österreichischen Sozialdemokratie hat natürlich der Entwicklung der Obstruktion nicht müßig zugehört. Sie hielt scharfe Wacht, denn es konnte ihr keinen Augenblick entgehen, daß die Bedeutung der Eisenbahnerbewegung darin liegt, daß diese Aktion sich plötzlich zu einem Streik von ungeheuerlichem Umfang ausdehnen kann. An Sympathie-Bezeugungen der Lokomotivführer, Zugführer, ja selbst gewisser anderer Beamten-kategorien ist kein Mangel, und nur die Regierung scheint wieder einmal mit Blindheit geschlagen zu sein — ein Zeichen, daß die Götter sie verderben wollen! Am 8. d. M. hatte der Leiter des Eisenbahnministeriums, Dr. Wrba, es noch in der Hand, seine Chancen einigermaßen ehrenvoll zu gestalten. Die Abgeordneten Genossen Ellenbogen und Tomisch suchten ihn auf, um über die Situation zu verhandeln. Was antwortete Wrba? Er sei einer teilweisen Aufbesserung der Löhne nicht abgeneigt, doch erst müsse der Dienst wieder im alten Umfange und in alter Weise aufgenommen werden! Ruh ohnedies schon der Güterverkehr für ganz Böhmen auf acht Tage ruhen, befinden sich im Augenblick bereits über 10 000 Eisenbahner in passiver Resistenz, so dürfte nach so geistreichen Ministerialerklärungen die Situation sicherlich nicht gemüthlicher für die österreichische Regierung werden.

Unsere liebe Reaktionspresse schämt natürlich vor Wut. So bringt z. B. die „Deutsche Tageszeitung“ gestern (Mittwoch) abend eine Privat-Korrespondenz aus Wien, in der Freiherr v. Gautsich ob seiner Schlappeit den Sozialdemokraten gegenüber fürchterlich heruntergelanzelt wird. Gegen Ende heißt es höchst geschmackvoll, das Ministerium wisse sich „vorn und hinten keinen Rat“. — Desto besser weiß die österreichische Arbeiterschaft sich zu raten. Mittwoch halten die West-Böhmer und Franz-Josefs-Böhmer, Donnerstag die Süd-Böhmer, Freitag die Staatseisenbahner in Wien große Versammlungen ab, in denen — wenn's Glück gut ist — die Würfel fallen werden.

Deutsches Reich.

Die Reichstagswahlwahl in Eisenach.

Bei der Reichstagswahlwahl in Eisenach wurden bis Mittwoch nachmittag 2 1/2 Uhr gezählt für Flex (nat.) 2705, Kühner (Fr. Sp.) 2049, Schack (Antif.) 3714, Leber (Soz.) 6540 und Müller-Gulda (Z.) 751 Stimmen. Es steht noch eine Anzahl kleiner Drischschaften aus. Es kann nicht gezwweifelt werden, daß es zur Stichwahl zwischen Leber und Schack kommt.

Bei der Reichstagswahlwahl im Jahre 1903 wurden abgegeben für den Kandidaten der Sozialdemokratie 6018, der National liberalen 3585, der Freisinnigen Volks-partei 2049, der Antifemiten 2445, des Zentrums 1313 Stimmen. Es gewannen also bis jetzt die Sozialdemokratie 522, die Antifemiten 1569 und die Freisinnigen 600 Stimmen, während die National liberalen 880, das Zentrum 563 Stimmen verloren. Der antisemitische Stimmengewinn erfolgte auf Kosten der National liberalen und des Zentrums.

Der diesmal von der Stichwahl ausschcheidende Freisinn hat es in der Hand, die Wahl des Antifemiten zu verhindern. Da die Antifemiten die äufsersten Anstrengungen machen, werden auch unsere Genossen alles aufzubieten haben, um diesmal die Reaktion aus dem Felde zu schlagen!

Militärische Sozialistenbelämpfung. In einigen der Landwehr-Kontrollvernehmungen, die dieser Tage in Berlin stattfanden, konnte sich ein Kompagniechef politisch agitatorische Äußerungen nicht verkassen. Anknüpfend an den bekannten Korpsbefehl, der eine sozialdemokratische Veräußerung während der Dienstzeit unterfragt, hob der Kompagniechef hervor, daß es sich gerade jetzt die Sozialdemokratie angelegen sein lasse, gegen die bestehende Gesellschaftsordnung vorzugehen. Sie teile Flugblätter an die in den Dienst Treutenden aus und suche auch Flugblätter in die Kasernen selbst einzuschmuggeln. (?) Ein jeder müsse sich wohl selbst fragen, daß er als tüchtiger Soldat die Umsturzgedanken bekämpfen müsse.

Diese ehemalige Soldaten gerichtete Ansprache verrät eigenartige Auffassungen. Der entlassene Soldat ist Bürger, der in seinen Gedanken und seiner Handlungsweise völlig frei ist. Der leitend man dem das Recht her, das Volk sein Leben lang geistig in die Kaserne zu sperren? Und können übrigens solche Reden ganz recht sein, denn nicht ohne Grund äußerte kürzlich gerade ein hoher

Offizier aus „patriotischen“ Gründen schwerste Bedenken gegen eine solche Sozialistenbelämpfung.

Bayerischer Landtag.

München, 8. November. (Telegr. Bericht.) In der bayerischen Abgeordnetenkammer wurden am Mittwoch die Plenarberatungen über die Wahlrechtsanträge wieder aufgenommen. Der Ausschuh schlägt dem Plenum vor, unter Verwerfung der liberalen Anträge dem vom Zentrum vorgelegten Entwurf zuzustimmen, der im wesentlichen mit dem in der vorigen Session von der Regierung eingebrachten Entwurf übereinstimmt.

Nach einer sachlich bedeutungslosen Generaldebatte trat die Kammer sofort in die Spezialberatung ein. Diese erstreckte sich zunächst über die drei Artikel 1, 2 und 14, denen zufolge die Zahl der Abgeordneten nach der Bevölkerungsziffer vom 1. Dezember 1900 festgesetzt wird, in der Art, daß im Durchschnitt auf je 38 000 Einwohner ein Abgeordneter zu wählen ist. Die Zahl der Abgeordneten beträgt 163. Die Wahlkreis-einteilung ist bis jetzt nicht festgelegt. Die Wahl ist direkt und geheim und erfolgt durch relative Mehrheit mit der Einschränkung, daß der Gewählte wenigstens ein Drittel der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten habe. Ergibt sich eine solche Mehrheit nicht, so ist ein zweiter Wahlgang vorzunehmen, in dem die relative Mehrheit ohne Rücksicht auf ihr Verhältnis zur Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen entscheidet. Die Liberalen beantragten dazu, daß nicht die relative, sondern die absolute Mehrheit entscheiden soll. In der Debatte betonte der freisinnige Abgeordnete Dr. Müller-Sof, die liberale Fraktion müsse auf alle Fälle an der Forderung der Beseitigung der relativen Mehrheit festhalten. Er persönlich teile allerdings nicht die Befürchtung seiner Freunde in der Wirkung der relativen Mehrheit. Die Bauernbündler erklärten sich darauf auch damit einverstanden, daß die Volkszahl von 1900 als Grundlage für die Wahlkreiseinteilung festgehalten werde.

Die sozialdemokratische Fraktion, für die Segig sprach, will unter allen Umständen an der gesetzlichen Wahlkreiseinteilung festhalten, um der Regierungswillkür eine Grenze zu ziehen. Dem Zentrum empfahl Segig, die relative Mehrheit fallen zu lassen, um ein einstimmiges Votum zu erzielen. Falls aber der liberale Antrag auf Festlegung der absoluten Mehrheit, so sei das natürlich kein Grund, das Gesetz zum Scheitern zu bringen. Unter Ablehnung des liberalen Antrages, für den die Sozialdemokraten, Liberalen und Bauernbündler stimmten, wurden schließlich die drei Artikel in der vom Zentrum vorgeschlagenen Fassung angenommen. Gegen die relative Mehrheit stimmten hierbeinur die Liberalen und Bauernbündler. Die Beratung wird Freitag fortgesetzt.

Hanseatischer Wahlrechtsdrang.

Hamburg, den 8. November. (Fig. Ver.). So geheim wie die Hamburger Wahlrechtsverschlechterer ihre Ministerarbeit gegen das Wahlrecht zur „Bürgerchaft“ (Hamburger Parlament) betrieben haben, hat auch der mit der Beratung der Senatvorlage betraute parlamentarische Ausschuh gearbeitet. Jetzt ist das „Schweigegebot“ gebrochen, denn einige auswärtige Blätter wuhlen über die Absichten des Ausschusses, in dem selbstverständlich auch die Häupter der Verschwörer sitzen, interessante Dinge mitzuteilen, die von hiesigen Zeitungen übernommen und bestätigt werden. Danach sollen die Privilegierten wählen — 80 von 160 Eigen — besetzen und der verbleibende Rest den „allgemeinen Wählern“ überlassen bleiben, die in zwei Klassen eingeteilt werden sollen, statt der in der Senatvorlage enthaltenen drei Klassen. Die Trennungsgrenze soll ein Einkommen von 3000 M. bilden. Danach würden in der Gruppe der allgemeinen Wähler 17 000 Bürger mit einem Einkommen von über 3000 M., 40 Abgeordnete wählen und ferner 38 500 Bürger mit einem Einkommen unter 3000 M., ebenfalls 40 Abgeordnete. Unter den Wählern der ersten Klasse befinden sich auch die Privilegierten (Grundbesitzer und Retable), die ein zwei- bzw. dreifaches Wahlrecht haben und mit den Wählern der ersten Klasse zusammen 120 Abgeordnete wählen, während die 38 500 Wähler unter 3000 M. Einkommen (darunter etwa 10 000 Arbeiterbürger unter 100 000 sozialdemokratischen Reichstagswählern!) mit 40 Parlamentssitzen abgepreist werden sollen.

Das vom Senat vorgeschlagene Proportionalwahlrecht hat der Ausschuh fallengelassen. Die Sozialdemokratie wäre daher kaum in der Lage, ihren jetzigen Fraktionsbestand — 13 Sitze — zu halten. Das nennen die „Liberalen“ Wahlrechtsreform der Republik „Mammaonia“ eine der „Bedeutung der Hamburger Arbeiterschaft angemessene Vertretung“.

Das wagt man im Jahre der russischen Revolution in „Hamburgs Auen“ der gut disziplinierten Arbeiterschaft zu bieten. Die Diktatur der Pfeffersackbourgeoisie ist noch widerlicher als das preussische Junkerregiment.

Die Zehentlegerei im Ruhrrevier scheint von neuem zu beginnen. Durch den Verkauf der Zeche „Freiberg“ an Herrn Stinnes ist auch diese Zeche ihrem Schicksal verfallen. Der Verkauf geschah zunächst, ohne daß der Käufer genannt wurde. Die Zeche wird nun stillgelegt, obwohl sie noch für etwa 20 Jahre Kohlen ansetzen hat und alljährlich mindestens 5 Proz. Dividende gezahlt wird. Damit sind die Zechenherren aber nicht zufrieden, die Kohlenpapiere müssen mindestens 10, 20, 30 und 40 Proz. Dividende abwerfen. Auch das letzte Jahr hat den Aktionären 5 Proz. Dividende eingebracht; doch wird von Schiebungen gesprochen, die gemacht worden sind, um die „kleinen“ Aktionäre dem Verkauf günstig zu stimmen; eigentlich hätte eine viel höhere Dividende gezahlt werden können.

Stinnes hat die Zeche zu 133 1/2 Proz. gekauft. Die benachbarte Zeche „Margarete“ in Aplerbeck hatte ebenfalls auf die Zeche „Freiberg“ reflektiert, um die noch anstehenden Kohlenmengen mit den eigenen Kohlenfeldern abzubauen. Das Gebot der Zeche „Margarete“ wurde aber abgelehnt. Sonntag tagte eine große Protestversammlung der Bürger, in welcher Genosse Schiebung sprach; lebhaft wurde gegen die Rücksichtslosigkeit der Grubenbesitzer Einspruch erhoben und das Einschreiten der Behörden und der Regierung verlangt.

Die Gemeindevahl in Rürnberg.

Rürnberg, 6. November. (Fig. Ver.) Die Arbeiterschaft Rürnbergs hat wieder einen heißen Kampf hinter sich. Sie hatte am Montag die Gemeindevahl auszusuchen, die uns zwar, wie vorausgesehen war, nicht den Sieg, aber einen bedeutenden Stimmengewinn gebracht hat. Bei der letzten Wahl im Jahre 1902 wurden für die sozialdemokratische Liste 8916, für die bürgerliche Liste 7450 Stimmen abgegeben, diesmal fielen auf die sozialdemokratischen Kandidaten 5505, auf die bürgerlichen 8106 Stimmen. Unsere Stimmen haben sich also um ungefähr 1700, die der Wählerpartei um nur um 650 vermehrt, obwohl wir unter den allerungünstigsten Verhältnissen zu kämpfen hatten. Sämtliche Parteien hatten sich gegen die einzige Sozialdemokratie verschworen, die Liberalen und die neue Mittelstandspartei entwickelten eine stielhafte Tätigkeit, um alles an die Urne zu bringen, man kann

Die Revolution in Rußland.

Die Konterrevolution an der Arbeit.

Eine Zeitungskorrespondenz meldet:

Petersburg, 8. November. General Trepow verbleibt auf allen seinen Posten. Er verdankt dies der Zarinn Mutter, Maria Feodorowna, die an der Spitze der reaktionären Partei und der Großfürstentum steht und auf den Zaren einen großen Einfluß ausübt.

Petersburg, 8. November. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Ein Regierungskommuniké verurteilt die Versuche der Blätter, aus Anlaß der Unruhen die Autorität der Militärbehörden zu erschüttern, und hebt hervor, daß in der allgemeinen Beurteilung der Tätigkeit der Truppen keine Meinungsverschiedenheit zwischen den höchsten Militär- und Zivilverwaltungen bestehe. Auch die Mehrheit der Gesellschaft werde bei ruhiger unparteiischer Beurteilung die Verdienste der Truppen bei der Beruhigung des Landes anerkennen.

Der Säbel und der Weiswedel.

Saratow, 7. November. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Bevölkerung, welche sich bereits einigermaßen beruhigt hatte, ist durch eine Proklamation des Bischofs Hermogenes von Saratow von neuem heftig erregt worden. In dieser Proklamation fordert der Bischof zu Gewalttätigkeiten gegen die Feinde des Staates auf; zu diesen zählt er die männlichen und weiblichen Böglinge der Gymnasien.

Die Schreckensherrschaft der Kosaken.

Moskau, 8. November. Der von den Liberalen Moskaus gegründete „Verband der Verbände“ hat telegraphisch den Grafen Witte gebeten, die in Moskau stationierten Kosaken infolge ihrer Gewalttätigkeiten aus der Stadt auszuweisen.

Die Judenmorde.

Wie aus Bukarest gemeldet wird, dauern die Gewalttaten gegen die Juden in Besarabien fort. Eine Stadt ist durch Feuer vollständig zerstört, alle jüdischen Einwohner sind umgekommen. Die Stadt Ismaila an der Donau steht in Flammen.

London, 8. November. Nach vertrauenswürdigsten russischen Quellen berechnet man die Anzahl der bei den Unruhen in Südrußland getöteten Juden auf 15 000, die der Verwundeten auf gegen 100 000.

Petersburg, 7. November. Wittes erste Amtshandlung als Ministerpräsident war die Entlassung von 11 Gouverneuren, in deren Amtsbezirken die jüdenfeindlichen Unruhen in der schlimmsten Form aufgetreten waren.

Die Revolution marschiert weiter.

London, 8. November. Die finnischen Städte Uleaborg, Christinebad, Jacobstad, Nikolaisbad und Nyttad sind, nach einer Petersburger Meldung der „Daily Mail“ in den Händen der Aufständischen. Die russische Besatzung der Festung Sveaborg ergab sich ohne Schwertstreich.

Im Kaukasus.

Batum, 7. November. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Läden und Comptoirs sind geschlossen. Die Höglinge aller Schulen bleiben dem Unterricht fern. Von sozialdemokratischer Seite wird behauptet, daß bei der Zerstörung der Schienenwege auf der Station Sadjabacho durch Soldaten 18 Personen getötet und vier verwundet wurden.

Am 2. November griff die Volksmiliz in dem Orte Nassabirali von 120 Kosaken begleiteten Bezirkschef an. Der Kampf dauerte 17 Stunden. 105 Kosaken fielen. Die Polizeibeamten des Ortes wurden sämtlich getötet. Von der Miliz fielen nur vier Mann.

Warschau, 8. November. (Privattelegramm des „Vorw.“) Die „Kerfale“ und „nationaldemokratische“ Agitation gegen die Sozialdemokratie wird immer heftiger. Arbeiterverammlungen werden durch Tumult der „Nationalen“ unmöglich gemacht. Trotzdem erklärt sich die Arbeiterschaft für die Fortsetzung des Kampfes.

Katzenjagd in Polen.

Die bürgerliche Presse faßelt von einer „großpolnischen Agitation“, die angeblich in Rußland-Polen gegenwärtig wüthet und begründet damit eine gerichtsweise verbreitete Nachricht, wonach die Kommandostellen der Truppen an der Ostgrenze, in Oberschlesien, schon vor einiger Zeit angewiesen worden seien, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, „um etwaige großpolnische Unternehmungen auf preussischem Boden schon im Keime zu ersticken“.

Der Vorwand ist jedenfalls äußerst ungeschickt gewählt, denn die „großpolnische Agitation“ Rußland-Polen ist ebenso eine Ausgeburt der blutigen Phantasie der kaiserlichen Hysterie, wie die „großpolnische Bewegung“ in Polen und Oberschlesien. Die katzenjägerische Reaktion weiß sehr wohl, daß die „nationaldemokratische-antidemokratische“ Wüthung in Rußland-Polen genau so der Sache der Konterrevolution dient, wie die Konstantin-Partei in Oberschlesien, die ja in dem jüngsten Wahlkampf in Katowitz als stärkster Trumpf gegen die deutsche Sozialdemokratie den Vorwurf ausstülpte, sie unterstütze die „blutigen Ausschreitungen der russischen Revolution“. Wenn deutsche Truppen tatsächlich an der russischen Grenze mobilisiert werden sollten, so wäre dies nicht als eine Vorsichtsmaßregel gegen die vorgeschätzte „großpolnische Gefahr“, sondern als eine äußerst unvorsichtige Provokation gegenüber der proletarischen Revolution in Rußland und in Rußland-Polen zu betrachten, über die die deutsche Arbeiterschaft mit Nachdruck Rechenschaft fordern müßte.

Ein Nachklang der Königsberger Schmach.

Unser Königsberger Parteiblatt schreibt: Ironie der Weltgeschichte. Wie Genosse Stubi telegraphisch meldet, ist er in Riga aus der Gefängnishaft befreit worden. Die Verhandlung gegen ihn sollte in der nächsten Zeit in Petersburg stattfinden. Nun ist der „gefährliche Hochverräter“ frei, während hier in Preußen die Personen, die ihm angeblich in seinem „hochverräterischen Treiben“ unterstützt haben, sich hinter Schloß und Riegel befinden. Die Genossen Mertins, Tiffi und Säbel-Verlin verbleiben gegenwärtig ihre dreimonatliche Gefängnisstrafe, die ihnen im Königsberger Prozeß, der zur Rettung des russischen Absolutismus angestrengt war, diktiert wurde. Schon damals erstikten die Freunde des Zaren eine schwere Niederlage. Jetzt durch die Befreiung des Genossen Stubi ist sie noch vernichtender geworden. So mußte es kommen.

Für die russische Revolution.

Sonabend fand in Amsterdam im Volkspalast eine grandiose Sympathie-Kundgebung für die russische Revolution statt.

Die Versammlung, welche von 5000 Personen besucht war, nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Die Versammlung begrüßt das gegen den Absolutismus heldenhaft kämpfende russische Proletariat als neuen Bundesgenossen im Kampfe der Arbeiter aller Länder gegen die kapitalistische Gesellschaft und ruft die Arbeiterschaft Niederlands zur kräftigen finanziellen Unterstützung der Revolution im Zarenreich auf.“

London, 6. November. Gestern fand bei Nebel und Regen eine ziemlich starke Demonstration im Trafalgar Square statt, die von der Sozialdemokratischen Föderation einberufen war, um die Sympathie der englischen Arbeiter mit ihren kämpfenden Brüdern in Rußland kundzugeben. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die Versammlung sendet brüderliche Grüße an ihre russischen Genossen, die gegenwärtig in einem titanischen Kampfe gegen die Mächte der Despotie und der Bürokratie begriffen sind. Wir hoffen, daß ihre glänzenden Anstrengungen, ihre Kaltblütigkeit und ihr Wagemut sowie ihre Klugheit und Reserve, mit der sie die zariischen Versprechungen behandelten, zur baldigen Befreiung Rußlands führen werden, so daß das russische Proletariat in den Stand gesetzt wird, seine ökonomische Befreiung im Lichte der Freiheit zu verwirklichen. Wir begrüßen freudig den herannahenden Zusammenbruch des Zarismus, der immer ein Vollwerk der Reaktion und eine Gefahr für den europäischen Frieden war.“

Der Eisenbahnverkehr.

Königsberg i. Pr., 7. November. Die königliche Eisenbahndirektion macht bekannt: Der Personen- und Güterverkehr ist auf folgenden Anschlussstellen der Linie Wirballen-Petersburg eröffnet: auf der Litau-Nommer Bahn über Koschbar, auf der Riga-Dreier Bahn über Dinot, auf der Windau-Nybinokor Bahn über Rieflipa, mit der Nikolai-Bahn über Polow-Watshina-Petersburg. Die übrigen Anschlussstellen sind noch gesperrt. Grajewo übernimmt zurzeit Güter nach Stationen der Südwestbahnen außer Odesa und Aiew, sowie nach Stationen der Volgalischen, der Moskau-Groß- und der Charlou-Nikolajewer Bahnen. Der Personenverkehr über Grajewo ist nur mit den Stationen der russischen Südwestbahnen wieder aufgenommen.

Warschau, 7. November. Auf der Eisenbahn Warschau-Petersburg ist heute der Betrieb wieder aufgenommen worden. Die Warschau-Wiener Bahn und die Weichselbahnen werden wahrscheinlich noch einige Tage unterbrochen bleiben. Der allgemeine Ausfall nimmt allmählich ab. In Lodz töderten die Kosaken heute sechs Personen.

Konto K.

Die rätselhafte Angelegenheit über den Verbleib von 325 000 Mark, die von der Pommerbank dem Hofmeister v. Mirbach für Kreditaufnahmen zur Verfügung gestellt worden waren, aber dann in mysteriöser Weise verschwunden sind, wurde heute abermals vor dem Berliner Landgericht verhandelt. Angeklagt war der Redakteur Richard Löwe von der „Berliner Zeitung“ wegen Verleumdung des Herzogs Ernst Günther von Schleswig-Holstein, da in dem genannten Blatte die Person des Herzogs mit dem Verschwinden des Konto K in Verbindung gebracht worden war. Der Verlauf des Prozesses bot keinerlei neue Momente. Erminister Staatsrat Wudde gab dieselbe Darlegung über die Affäre, die er bereits früher gegeben hatte. Er habe eine Quittung Mirbachs über 327 365 Mark vorgefunden. Auf Anfrage habe Herr v. Mirbach erklärt, diese Summe nicht erhalten zu haben. Eine Unterschlagung der Bankbeamten sei ausgeschlossen. Nicht ausgeschlossen sei, daß das Geld von Schulz, einem der Direktoren der Bank, erhoben worden sei. Dafür, daß der Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein den Betrag erhalten habe, wozu in der Presse die Rede gewesen sei, fehle es an jedem Anhalt. Ernst Günther sei niemals Kunde der Pommerbank gewesen, sein Name komme niemals in Büchern der Bank in Konten usw. vor. Auf die Frage des Verteidigers des Angeklagten, ob es nicht auffällig sei, daß jemand über 325 000 Mark quittiere und das Geld dafür nicht erhalte, erklärte Wudde, daß auch er zuerst der Meinung gewesen sei, Freiherr v. Mirbach habe das Geld erhalten. Da dieser aber eidlisch bekundet habe, sei für ihn die Sache erledigt gewesen. — Der Herzog Ernst Günther hat eidlisch erklärt, daß er weder zu den früheren Direktoren der Pommerbank, Schulz und Romeis, noch zu den von diesen geleiteten Unternehmungen in irgend welcher direkter oder indirekter Beziehung gestanden habe.

Der Zeuge Mirbach sagte aus, daß alles Geld, das er erhalten habe, von ihm zurückgezahlt worden sei. Ueber den Verbleib der 325 000 Mark wisse er nichts. In seiner weiteren Aussage behauptete der Zeuge sich bitter über die gegen ihn erhobene Verleumdung. „Ich weiß“, sagte er wörtlich, „wer heutzutage dem Herrn im Himmel dient, wird gehaßt und verfolgt. Ich werde mich dadurch aber in meiner Tätigkeit nicht beirren lassen.“ Die Menschen, die seinen Eid anzuzweifeln gewagt hätten, besäßen keine Ahnung von der Bedeutung eines christlichen Eides.“ Den seltsamen Umstand, daß er eine Quittung ausgestellt habe für einen Betrag, den er gar nicht erhalten habe, erklärte er damit, daß ihm von den beiden Direktoren erklärt worden sei, da das Konto auf seinen Namen ginge, müsse es auch durch eine Quittung von ihm aufgelöst werden. Er habe denn auch daraufhin die Quittung in Gegenwart beider Herren ausgestellt. Er habe sich sagen lassen, daß das kaufmännisch auch die richtige Art gewesen sei, das Konto aufzulösen.

Der Angeklagte Löwe verwahrte sich entschieden gegen die allgemeinen Angriffe des Herrn v. Mirbach gegen die Presse. Es sei doch eigenartig, daß Herr v. Mirbach nicht die Blätter verklagt habe, die seine eidlischen Aussagen in Zweifel gezogen hätten, sondern sich gegen die „Berliner Zeitung“ wende, die solche Zweifel nicht geäußert hätte. Er müsse die allgemeinen Anschuldigungen gegen die Presse mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Romeis, einer der früheren Direktoren der Pommerbank, erklärte wiederum, er wolle sich über den Verbleib der 325 000 Mark nicht äußern. Der Herzog Ernst Günther habe jedoch niemals etwas mit der Pommerbank zu tun gehabt. Auf die Anregungen des Verteidigers des Angeklagten, ob der Herzog auf eine Erklärung hin, daß die „Berliner Zeitung“ ihre Anspielungen auf den Herzog Günther in aller Form zurückziehe, da auf Grund des Ergebnisses der gerichtlichen Beweisaufnahme unzweifelhaft feststehe, daß der Herzog mit der Angelegenheit des Konto K in keiner Ver-

bindung gestanden habe, nicht seine Klage zurücknehmen wolle, erkläre der Vertreter des Herzogs, daß er glaube, daß eine Möglichkeit vorliege, diesem Vorwurfe zu entsprechen. Er müsse sich aber erst mit dem Herzog in Verbindung setzen. Infolge dieser Erklärung wird dann die Verhandlung vertagt.

Auch diese Verhandlung hatte also wieder ein vollständig negatives Ergebnis. Sie gab keinerlei Aufschluß darüber, wohin das Geld geraten ist, sie bewies nur wieder, wie unvorsichtig es von dem Freiherrn v. Mirbach gewesen ist, sich von Bank-Geldern zu Kirchenbauten zur Verfügung stellen zu lassen. Ebenso unvorsichtig war es von dem Freiherrn v. Mirbach, eine Quittung für einen Betrag auszustellen, den er nicht erhalten hat. Wenn Herr v. Mirbach meint, daß es eine durchaus kaufmännische Gepflogenheit sei, so zu verfahren, so befindet er sich noch immer in einem bedauerlichen Irrtum. Bei der Auslösung eines Kontos genügt es nicht, einfach eine Quittung auszustellen, sondern es ist erforderlich, gleichzeitig die Uebertragung des Geldes auf ein anderes Konto vorzunehmen! Jedenfalls hatte Freiherr v. Mirbach keinerlei Veranlassung, sich allzusehr über die Presse zu enträsten, die bei dem mit Geldangelegenheiten doch im übrigen sehr vertrauten Freiherrn die Kenntnis elementarster Geschäftsgespflogenheiten voraussetzte. Daß er sich in seiner Kirchenbautätigkeit durch alle Anfeindungen nicht anfechten lassen will, ist seine persönliche Angelegenheit, doch wird er künftig wohl so vorsichtig sein, hinter den Spenden von Bankunternehmungen die Gefahr irgend welcher Kompromittierungen zu wittern und sein Geld lieber direkt von privaten Spendern, seien es nun Juden oder Christen, zu beziehen.

Aus der Partei.

Stimmen aus Genossentreisen.

Die am 5. d. M. in Ronsdorf tagende Konferenz der Vertreter des Wahlkreises Lemmer-Kemscheid-Mettmann beschäftigte sich mit der Haltung verschiedener Parteiblätter und der beteiligten sechs Redakteure in Angelegenheit deren Ausscheidens aus der Redaktion des „Vorwärts“. Genosse Wermuth, früheres Mitglied der Prekommission des „Vorwärts“, der aus eigener Kenntnis der Verhältnisse urteilte, äußerte nach der „Verglichen Arbeiterstimme“ sich dabei: „Genosse Wermuth wies nach, daß die Haltung des „Vorwärts“ in verschiedenen grundlegenden Fragen kein anderes als das jetzt eingetretene Resultat zeitigen konnte. Wenn man hier die Schuld dem Parteivorstand zuweist, so trifft das keineswegs zu, indem der Parteivorstand gerade, das könne er als früheres Prekommissionsmitglied des „Vorwärts“ bestätigen, sich die größte Reserve auferlegt habe. Auch trifft es nicht zu, wie Genosse Götter im „Hamburger Echo“ berichtet habe, daß die prinzipielle Haltung des „Vorwärts“ seitdem er fast gar nicht Gegenstand der Erörterungen in der Prekommissionen gewesen sei. Er könne behaupten, daß sich die bisherige „Vorwärts“-Mehrheit in stetig steigendem Gegensatz zu den Grundanschauungen der Partei gestellt habe. Eine Diskonferenz wurde nicht beliebt und erfolgte hierauf die einstimmige Annahme folgender Resolution:

„Die heute, am 5. November, in Ronsdorf tagende Kreis-Konferenz des Wahlkreises Lemmer-Kemscheid-Mettmann erklärt entgegen den Anschauungen der meisten Parteiblätter bezüglich der „Vorwärts“-Affäre eine dem bisherigen Verhalten des „Vorwärts“ in verschiedenen Parteifragen notwendige Reorganisation. Sie spricht dem Parteivorstand von neuem das von verschiedenen Parteiblättern in Frage gestellte Vertrauen aus, dies umsomehr, als der Parteivorstand im Einverständnis der auf dem Jenaer Parteitag gefassten Beschlüsse als auch der Berliner Parteiverammlung gehandelt hat. Das unqualifizierbare Vorgehen einiger Parteiblätter verurteilt die Konferenz auf das entschiedenste, weil dasselbe unserer gesamten gegnerischen Presse Vorschub zu leisten geeignet ist und dadurch eine Schädigung der Gesamtpartei im Gefolge hat. Die Kreis-Konferenz spricht den Wunsch aus, daß, wenn sich ähnliche Fälle wiederholen sollten, man zunächst die Zustände, die das Vertrauen der Gesamtheit auf diese Stelle gesetzt hat, sprechen lassen soll, bevor man durch einen ähnlichen unüberlegten Preßfeldzug die Partei schädigt.“

Eine stark besuchte Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Konstanz nahm ebenfalls in der Sache Stellung. Von allen Rednern wurde die das Vorgehen des Parteivorstandes verurteilende Haltung des Kreis-Konferenz „Vollstimmig“ mißbilligt. Der „Vollstimmig“ bemerkte dazu: „Es ist das gute Recht der Konstanzener Parteigenossen, ihre Ansicht der unsrigen gegenüberzustellen. Ob sie aber berechtigt sind, unsere Haltung zu mißbilligen, das steht doch auf einem anderen Blatte, zumal der „Vollstimmig“, das sei ausdrücklich konstatiert, bisher in der Hauptsache rein referierend sich verhalten und nur in der Donnerstag-Nummer in 18 Zeilen Stellung zur Frage genommen hat. Wir verstehen es deshalb nicht, wie man angefaßt dieser Umstände sofort eine Mißbilligungs-Resolution fassen kann, ohne zu sagen, was man denn eigentlich mißbilligt.“

Wir sind der ganz selbstverständlichen Ansicht, daß die Genossen zu jeder Zeit und in jedem Falle das Recht haben zu sagen, ob sie die Haltung ihres Blattes billigen oder nicht.

„Ein heftiger Genosse schreibt dem frankfurter Parteiblatt unter anderem, daß nach seiner Beobachtung die Mißbilligung in Arbeiterkreisen desto mehr zunehme, je mehr zu der Affäre Artikel gebracht würden, die den Raum für die viel wichtigeren Ereignisse in Rußland, Desertere usw. wegnähmen. Die Mißbilligung lehre sich infolgedessen nicht gegen den Parteivorstand, sondern gegen die Redaktion. Es ist wahrlich hohe Zeit, daß sich unsere Presse auf ihre eigentliche Aufgabe besinn; mögen die Redakteure, die nun einmal glauben, für ihre Kollegen Partei ergreifen zu müssen, versuchen, dies in anderer, geeigneter Weise zu tun. Die Presse darf unter keinen Umständen der Tummelplatz erboster Jänkeleien bleiben, wenn man nicht will, daß das nach jahrelanger mühseliger Arbeit Errungene in kurzer Zeit wieder verloren gehen soll. Der Schaden ist heute schon unbedenkbar; von der Verneinung unserer Presseleiter wird es abhängen, ob derselbe noch größer werden soll.“

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins für Dresden-Kittstadt hat in seiner gestern abgehaltenen Sitzung folgende Resolution beschloffen: „Der Vorstand erklärt, nachdem er von der Denkschrift des Parteivorstandes und der Prekommission des „Vorwärts“ Kenntnis genommen, daß er das bei Entlassung der sechs „Vorwärts“-Redakteure angewendete Verfahren nicht billigen kann.“

Stimmungsumschwung.

„Die „Vorwärts“-Affäre“, so sagt die „Schwäbische Tagwacht“ ganz richtig, wird allmählich auch in der Parteipresse ruhiger beurteilt. Das ist dem Umstand zu danken, daß in einzelnen Orten, wo unsere Parteiredaktionen in der Entrüstung über das Verfahren der Berliner Parteimitglieder den Bogen überspannten, die örtlichen Prekommissionen zur Besonnenheit mahnten.“

Die Leipzig „Vollstimmig“ schreibt: „Die Differenzen der ausgeschiedenen sechs „Vorwärts“-Redakteure mit ihren Aufsichtsstellen sind von einigen Parteiblättern, die in der Regel die Anschauungen des überlängten rechten Flügels der

WARENHAUS A. WERTHEIM

Porzellan

<i>weiss</i> mit kleinen Fehlern	Zuckerschalen 1 Stück	10 Pf.
Teller nach 13 Pf., tief 17 Pf.	Kuchenteller	10 Pf.
Dessertteller 8 Pf.	Tassen	8 Pf.
Kompotteller 6 Pf.	<i>dekoriert</i>	
Grätenteller 4 Pf.	Butterdosen 12 Sort.	48 Pf. bis 1.05
Terrinen 1.15, 1.30	Kaffeervices für 6 Personen	1.95, 2.40, 2.65, 4.50, 5.25, 8.75
Kartoffelschüsseln 40, 65 Pf.	Kaffeervices für 12 Personen	8.75, 10, 11, 13, 15.50, 20 Mk.
Saucieren 40 Pf.	Kuchenteller 10 Sort.	45 Pf. bis 2.50
Bratenschüsseln oval 65, 80 Pf., 1 Mk.	Leuchter	38 Pf. bis 50 Pf.
Bratenschüsseln rund 45 Pf.	Tafelservices für 6 Personen	16.50, 20 Mk., 23 Mk.
Kleine Schüsseln oval 20 Pf.	Tafelservices für 12 Personen	30, 36, 43, 50 Mk.
Salatieren 12, 22, 33, 45 Pf.	Tafelservices für 12 Personen	40, 48, 58.50, 65, 69, 75 Mk.
Schmalznäpfe 8 Pf.	Tassen mit Goldlinien	22 Pf., bunt 35 Pf.
Kaffeekannen 28, 45 Pf.		
Teekannen 20, 38 Pf.		
Milchtöpfe 8, 12 Pf.		
Kleine Milchtöpfchen 3 St. 10 Pf.		
Zuckerdosen 15 Pf., ohne Deckel 5 Pf.		

Ein grosser Posten:

Porzellan-Figuren, Vasen und Nippes

zur Hälfte der regulären Preise.

Glas

Bierbecher m. Gambrinus Bild	9 Pf.	Kompotteller	6, 9 Pf.
Bierbecher m. Berl. Ansichten und Goldrand	15 Pf.	Zuckerschalen	13, 17, 20 Pf.
Likörbecher farbig	8 Pf.	<i>Trinkgarnitur „Schleifenmuster“</i>	
Fussgläser gepresst	10 Pf.	Rotweinkelch	28 Pf.
Wasserbecher m. Märchenbildern	30 Pf.	Weissweinkelch	28 Pf.
Butterdosen m. Märchenbildern	20 Pf.	Dessertweinkelch	26 Pf.
Kompottschalen	8 Pf.	Likörkelch	23 Pf.
<i>Dessertgarnitur „Olivenpressung“</i>		Biertulpe 38, Bierbecher 23 Pf.	
Butterdosen	27 Pf.	Wasserbecher	23 Pf.
Fruchtschalen	1 Mk.	Champagnerkelch	35 Pf.
Käseglocken	40 Pf.	Bowlenkelch	35 Pf.
Salatieren 6 Gr. 8 bis 40 Pf.		Selterbecher	23 Pf.
Kuchenteller	28, 40 Pf.	Champagnerschalen	38 Pf.

Steingut

Grosser Posten dekoriertes Steingut mit kleinen Fehlern

Vorratstonnen	85 Pf.	Butterdosen	28 Pf.
Gewürztönnchen	35 Pf.	Grosse Waschbecken	1.40 Mk.
Essig- u. Ölflaschen	85 Pf.	Wasserkannen einfarbig	90 Pf.
Salz- u. Mehlmesten	1.80 Mk.	Salatschüsseln weiss, Satz v. 7 Stück	1.15 Mk.
Satztöpfe 6 Stück	2.75 Mk.		
Blumenkübel Majolika	12, 18, 25 Pf., 1.05, 1.50, 2.10 Mk.		
Waschgarnituren	2.50, 2.90, 3.75, 7.75 Mk.		
Englische Waschgarnituren	6.50 Mk.		

Emaillierte Geschirre

II. Wahl.

Schmortöpfe ohne Ring	8 Grössen	45 Pf. b. 1.60	Küchenschüsseln tief, 50 cm	1.80 Mk.	Leuchter	20 Pf.
Schmortöpfe mit Ring	6 Grössen	65 Pf. b. 1.50	Teigschüsseln mit Seitenhenkeln	1.60 b. 2.75	Seifenhalter mit Haken	12 Pf.
Kasserollen ohne Ring	6 Grössen	35 b. 85 Pf.	Essnapfe	8 Grössen 40 b. 60 Pf.	Konsole mit Masse	45 u. 85 Pf.
Kasserollen mit Ring	6 Grössen	65 Pf. b. 1.10	Essenträger	3 Grössen 40 b. 50 Pf.	Petroleum-Kannen 1 Liter	50 Pf.
Fleischtöpfe gerade		40 Pf.	Esslöffel	6 Pf.	Kehrschaufeln	45 Pf.
Ringtöpfe	6 Grössen	65 Pf. b. 1.75	Schaffnerkannen	2 Grössen 38 b. 42 Pf.	Fusswannen dekoriert	2 Mk.
Pfannen runde	6 Grössen	22 b. 55 Pf.	Teller	8 Grössen 15 b. 20 Pf.	Toiletteneimer mit Deckel	1.60 b. 2 Mk.
Wasserkessel für Gas	5 Grössen	90 Pf. b. 1.60	Schöpföffel	2 Grössen 15 Pf.	Eimer 20 cm dunkelgrau	68 Pf., hellgrau 75 Pf., hellblau 85 Pf.
Wasserkessel m. Absatz	4 Grössen	1.35 b. 2.50	Löffelbleche	3 Grössen 90 Pf. b. 1.50	Eimer ca. 30 cm Durchmesser weiss	1.20 Mk.
Maschinentöpfe	4 Grössen	8 b. 15 Pf.	Kaffeekannen gerade	3 Grössen 20 b. 60 Pf.	Wannen runde, 2 Gr.	2.25 b. 2.50 Mk.
Schüsseln flache	10 Grössen	22 Pf. b. 1.80	Kaffeekannen dekoriert	4 Grössen 50 Pf. b. 1.30	Wannen oval, 5 Gr.	1.25 b. 2.40 Pf.

Eisen- u. Blechwaren

Gaskocher 4 eckig, 2 Brenner	9.50 Mk.	Ascheimer	8 Sorten 45 Pf. b. 1.80
Ofenvorsetzer 4 Sorten	1.50 b. 2.50	Kohlenkasten 3 Sorten	1.45 b. 1.90
Schirmständer	2.50 u. 3.50	Frühstückskasten	1.40, 1.60
Fleischmühlen 3 Gr.	2.85 b. 5 Mk.	Brodkasten lackiert	1.40 u. 2 Mk.
Reibmaschinen	1 Mk. u. 1.40 Mk.	Brodkörbe oval	35 Pf.
Messerputzmaschinen	6.75	Gläsersteller	8 u. 10 Pf.
Wringmaschinen 3 Gr.	11 Mk. b. 12.50	Vorratsdosen blau dekor.	30 Pf.
Waschmaschinen	38.50	Teebüchsen 3 Sorten	10 b. 25 Pf.
Waschfässer m. Draht einl. 3 Gr.	9 Mk. b. 12.50	Asbestkochteller	10 Pf.
Waschfässer mit Walst	11 Mk. b. 15 Mk.	Wärmflaschen 2 Grössen	1.75 u. 1.85
Waschzuber 2 Gr.	10.50 u. 12.50	Leibwärmer	1.10 u. 1.25

Petroleum-Oefen

30" schwarz	9.50,	vernickelte Ränder	10.50
60" schwarz	12.50,	vernickelte Ränder	14 Mk.
60" mit rotem Cylinder, gross	24 Mk.		

Teppichkehrmaschinen	9 Mk., 12 Mk., 13.50 Mk.
Küchenlampen 2 Sorten	90 Pf. Gasanzünder 50 Pf.

Holz- u. Borstenwaren

Plättbretter bezogen 4 Sorten	3.75 b. 4.50	Türpuffer	10 Pf.
Wäschetrockner 2 Sort.	60 Pf., 1.25	Presskohlschränke	4.90
Wäscheklammern Schock	20 u. 25 Pf.	Putzschränke	2.85
Waschbretter 3 Sorten	50 b. 65 Pf.	Kohlenkasten 3 Grössen	1.75 b. 2.75
Handtuchhalter 2 St. 50 Pf., mit Konsole	2.50	Kopfbürsten 5 Sorten	1 Mk. b. 2.25
Stäbchendecken 3 Sort.	15 b. 35 Pf.	Haarbesen 3 Grössen	75 Pf. b. 1.25
Stuhlsitze 3 Sorten	35 b. 50 Pf.	Handfeger 3 Grössen	45 b. 65 Pf.

Nickel- u. Stahlwaren

Kaffeervice vernickelt, 4 teilig	8 Mk.	Salz- u. Pfeffergestelle	2 Mk. b. 2.85
Teeservice	7 Mk.	Weinkühler vernickelt	2.85 u. 3.25
Teeservice vernickelt mit Tassen	10 Mk.	Krümelschaufeln	1.75 u. 2.85
Kaffee- u. Teeservice ver. nick.	18 Mk.	Salz- u. Pfefferstreuer	5 u. 25 Pf.
Kaffeekannen div. Form. vernick.	2.25 b. 5.50	Brotkörbe vernickelt	60 u. 90 Pf.
Teekannen	3 Mk. b. 4 Mk.	Teelöffel Britannia-Metall	6 Pf.
Sahnengiesser	1.25 b. 1.75	Esslöffel	12 Pf.
Zuckerdosen mit Deck. vernick.	2 Mk. u. 2.50	Essbestecke schwarz. Heft	45 b. 80 Pf.
Blumentöpfe Kupfer alt	45 Pf. u. 1.25	Büchsenöffner	25 Pf.
Biskuitdosen vernickelt Beschlag	90 Pf. b. 1.90	Blitzschneider	1 Mk.

Die Vertrauensämter der Berliner Sozialdemokratie.

A. Vertrauenspersonen:

- 1. Wahlkreis: Georg Doppel, Reinholdsdorferstr. 23a II.
2. Wahlkreis: Hermann Berner, Wittenwalderstr. 80 part.
3. Wahlkreis: August Pohl, Rammsteinstr. 30, vorn IV.
4. Wahlkreis (Ost): Otto Franke, Bornsdorferstr. 8, vorn part.
5. Wahlkreis (Südost): Rich. Hadelbusch, Brangelstr. 50, Quergeb. IV.
6. Wahlkreis (West): Karl Fischer, Waldstr. 24.
Nieder-Barnim: Karl Mars, Lybenerstr. 129.
Teltow-Beeskow: Paul Hirsch, Charlottenburg, Spielhagenstr. 12.
Für die Frauen Berlins: Frau Panzeram, Pappel-Allee 128 I.
Nieder-Barnim: Frau Jung, Berlin, Solmsstr. 42, vorn 2 Tr.

B. Bezirkskommission:

- 1. Wahlkreis: Robert Diebler, Reumünsterstr. 145.
2. Wahlkreis: Julius Reher, Urbanstr. 131, vorn IV.
3. Wahlkreis: Adolf Busch, Kochmannstr. 14.
4. Wahlkreis (Ost): Otto Wächner, Andreasstr. 75, vorn IV.
5. Wahlkreis (Südost): Paul Luise, Försterstr. 45.
6. Wahlkreis: Max Richter, Goyfowolstr. 13.
Nieder-Barnim: Oswald Grauer, Frankfurter Chaussee 144, Lichtenberg.
Teltow-Beeskow: Fritz Hoppe, Widostr. Hermannstr. 48/49.

C. Lokalkommission:

- 1. Wahlkreis: Jakob Ege, Kofstr. 23.
2. Wahlkreis: Heinrich Schröder, Kreuzbergstr. 15.
3. Wahlkreis: Otto Mengel, Kolbergerstr. 26 bei Jacobeh.
4. Wahlkreis (Ost): Karl Rott, Strahmannstr. 20, vorn part.
5. Wahlkreis (Südost): Wilhelm Sedler, Wienerstr. 26.
6. Wahlkreis: Hans Buchweiz, Wilhelmshavenstr. 38 (Moabit).
Nieder-Barnim: Robert Kiel, Himmelsburg, Kantstr. 22.
Teltow-Beeskow: Robert Gramenz, Riechholzstr. 412, Raden.

D. Agitationskommission für die Provinz Brandenburg:

- 1. Wahlkreis: Albin Schuster, Strahmannstr. 2.
2. Wahlkreis: Fritz Hinkel, Reichsbergerstr. 128.
3. Wahlkreis: Karl Dimmig, Luisen-Platz 11.
4. Wahlkreis (Ost): Jean Hansen, Vintzstr. 22.
5. Wahlkreis (Südost): Karl Scholz, Brangelstr. 110.
6. Wahlkreis: Georg Davidsohn, Heinersdorferstr. 8 IV.
Nieder-Barnim: Karl Liebig, Berlin O., Mainingstr. 2.
Teltow-Beeskow: Hermann Fischer, Schöneberg, Gothenstr. 38.

E. Vorsitzende der Kreis-Wahlvereine:

- 1. Wahlkreis: Richard Strehl, Swinemünderstr. 118.
2. Wahlkreis: Hermann Berner, Wittenwalderstr. 80.
3. Wahlkreis: Stephan Fröh, Oranienstr. 157, IV.
4. Wahlkreis (Ost): Wilhelm Mann, Friedensstr. 61.
5. Wahlkreis (Südost): Paul Hoffmann, Appelerstr. 47.
6. Wahlkreis: Wilhelm Freythal, Gartenplatz 1.
Central-Wahlverein für Teltow-Beeskow: Paul Hirsch, Charlottenburg, Spielhagenstr. 12.

F. Kassierer der Kreis-Wahlvereine:

- 1. Wahlkreis: Karl Wittner, Fellenstr. 11.
2. Wahlkreis: Gustav Schmidt, Willowstr. 53, Aufg. IV part.
3. Wahlkreis: Arthur Loge, Friedrichsberg, Pfarrstr. 32.
4. Wahlkreis (Ost): Winter, Warschauerstr. 76.
5. Wahlkreis (Südost): Rich. Hadelbusch, Sausitzerplatz 14/15 (Parteiabteilung).
6. Wahlkreis: Leopold Diepmann, Linienstr. 242 I.
Teltow-Beeskow: Wilh. Eberhard, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

Die italienische Auswanderung im Jahre 1904.

Das Regierungskommissariat zum Schutze der Auswanderung hat soeben seinen 4. Jahresbericht veröffentlicht. Aus ihm geht zunächst hervor, daß auch im Vorjahre, wie in den Jahren 1902 und 1903, die Zahl der Auswanderer im Rückgang begriffen ist und — damit man sich ja keinen Illusionen hingibt — daß dieser Rückgang im laufenden Jahre einem neuen Emporsichellen der Auswandererzahl Platz macht.

Ihren Höhepunkt erreichte die italienische Auswanderung im Jahre 1901 mit 533 245 Emigranten. Die Zahl sank auf 531 000 im Jahre 1902, auf 507 000 und 506 000 in den beiden folgenden Jahren.

Von den 506 734 Auswanderern des Jahres 1904 waren 471 191 mit Pässen versehen. Nur von diesen ließ man also Näheres über Herkunft, Bestimmungsort, Alter, Geschlecht und Beruf.

Die italienische Auswanderung zerfällt in Saison-Auswanderung und permanente, eine Unterscheidung, die der Bericht des Kommissariats diesmal fallen läßt, weil sie praktisch schwer durchführbar ist — und durch die Trennung in europäische (einschließlich der Mittelmeerländer) und überseeische Auswanderung erfolgt. Immerhin ist die übergroße Mehrheit der nach Europa gewanderten Auswanderer Saison-Auswanderer, und besteht aus Arbeitstagen, die mit der Abkühlung der rauhen Jahreszeit wieder zu Hause zu verbringen. Desgleichen ist die Auswanderung nach den überseeischen Ländern, wenn auch nicht auf dauernde Ansiedelung in der Fremde, so doch auf jahrelange Abwesenheit, auf ein Verpflanzen der ganzen Familie und ihrer Interessen berechnet.

Die Saisonauswanderung belief sich 1904 auf 218 825 Personen gegen 225 541 im Vorjahre. Sie rekrutiert sich hauptsächlich aus den Grenzprovinzen, und zwar stellte die höchste Verhältniszahl auf 100 000 Einwohner Venetien mit 2212, es folgt die Emilia mit 914, Piemont mit 970, Umbrien mit 794 und die Lombardei mit 731. Bemerkenswert ist der geringe Anteil des auch an der Grenze gelegenen Liguriens, der sich aber hinreichend durch die hohen Löhne und die weitgehende Wohlhabenheit dieser Landschaft erklärt.

Die absolut größte Zahl italienischer Saisonarbeiter absorbiert Deutschland mit 55 049, dann die Schweiz mit 52 000, Frankreich mit 45 000 und Oesterreich mit 35 000. Von den Mittelmeerländern — die die Statistik mit den europäischen zusammengruppiert, empfangen Ägypten und Tunis zusammen mehr als 10 000 Auswanderer.

Die überseeische Auswanderung, die sich auf 218 825 Personen bezieht, rekrutiert sich vorwiegend aus dem belebtesten Proletariat der südlichen Provinzen, das der Wucherer und der Steuerheber expropriieren. Die größte Verhältniszahl

liefert Calabrien: 2446 auf je 100 000 Einwohner, dann die Basilicata: 2386. Die Abruzzen, Campanien, Sizilien und die Marken stellen über 1000 Auswanderer, also über 1 Proz. der Gesamtbevölkerung. Nur aus Sardinien wandert man, trotz des großen Elends, nicht aus; hier wird die Mindestzahl von 32 Auswanderern auf 100 000 Einwohner erreicht.

Als Ziel der überseeischen Auswanderung kommen eigentlich nur 3 Länder in Betracht: die Vereinigten Staaten von Nord-Amerika, Argentinien und Brasilien. In den Vereinigten Staaten macht sich ein Rückgang von fast 30 000 Einwanderern seit dem Vorjahre bemerkbar; die Zahl der Eingewanderten betrug 1904: 168 780, 67 Proz. der gesamten überseeischen Auswanderung Italiens. Nach Argentinien, wo der Zustrom im Steigen ist, wanderten 51 779 Italiener aus, nach Brasilien, wo die wirtschaftliche Krise einen Rückgang herbeigeführt hat, 19 724.

Was die Berufszusammensetzung der Auswanderer betrifft, so herrscht der unqualifizierte Arbeiter vor, was selbstverständlich ist, da die Leute nicht aus den Städten, sondern vom flachen Lande kommen. Von den 420 794 mit Paß versehenen Auswanderern, die über 15 Jahre alt waren (89 Proz. der Gesamtzahl), waren Landarbeiter und Hirten 32,56 Proz., Tagelöhner und Erdarbeiter 31,45 Proz., Maurer, Steinmetze und Angehörige verwandter Berufe 11,84 Proz., qualifizierte Arbeiter 12,64 Proz. und endlich gehörten die übrigen 11,51 Proz. dem Gasthausgewerbe, häuslichen Diensten, freien Berufen usw. an. Nur 17 Proz. der Ausgewanderten waren Frauen.

Leider zeigt das erste Semester 1905, wie schon gesagt, einen neuen Aufschwung der überseeischen Auswanderung. Gegen 132 490 in den ersten 6 Monaten von 1904 wanderten dies Jahr in den ersten 6 Monaten — über die allein eine Statistik vorliegt — bereits 176 356 Menschen aus. Der Bericht schreibt dies zum großen Teil der steigenden Konjunktur und Arbeitslosigkeit in transoceanischen Ländern zu. Richtiger dürfte man die steigende Verelendung des süditalienischen Landvolkes dafür verantwortlich machen.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. geöffnet: abends 7 Uhr.

G. M. Ein Mietvertrag, der auf eine bestimmte Zeit abgeschlossen ist, endet mit Ablauf dieser Zeit. Eine Verlängerung über diese Zeit hinaus tritt nur ein, wenn diese Verlängerung vereinbart war. — Gubenerstr. 5. Nur für den Ehegatten sind Marken zu stellen, da mit der Frau kein Vertrag geschlossen ist. — O. S. R., P. R. Rein. — N. O. 71. 1., 2., 4., 5. Der Ehegatte ist nicht verpflichtet, für den Unterhalt seiner Ehefrau für die Zeit zu sorgen, in der sich die Ehefrau wider Willen des Ehegatten und ohne berechtigten Grund außerhalb der Eheverbindung aufhält. Für das Kind muß der Ehegatte sorgen. Das Erziehungsrecht steht ihm zu. Er kann Herausgabe des Kindes verlangen. — Rein. 6. Ja. — Goldberg 564. In der Regel ist der Verkäufer für Schwamm Schäden haftbar. Anders liegt es, wenn in dem Verträge die Haftung ausgeschlossen ist. — H. W. 105. 1. Rein. 2. Sie können den Wert der einzelnen Sachen oder mehrere zusammen angeben. Das macht für eine eventuelle Entschädigung keinen Unterschied. — H. 15. Erben erster Ordnung sind die Abstammlinge (Kinder, Enkel, Urenkel). Die Kinder schließen demnach alle engeren Verwandten von der Erbfolge aus. Sie erben, wenn sie älter sind als die Eltern, sonst zusammen mit dem überlebenden Gatten. — S. H. 200. Die Voraussetzungen für einen Adoptionsvertrag finden Sie S. 44 des dem Arbeiterrecht beigelegten Jahrbuch. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — G. W., Reichsbergerstraße. Ja.

Witterungsüberblick vom 8. November 1905, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Barometerstand, Windrichtung, Windstärke. Rows include Swinemünde, Danzig, Berlin, Frankfurt a.M., München, Wien, Capraranda, Bitterburg, Seilly, Aberdeen, Paris.

Weiterprognose für Donnerstag, den 9. November 1905.

Ein wenig wärmer, zunächst ziemlich trübe mit leichten Regenschauern und schwachen westlichen Winden; später aufklarend.

Berliner Wetterbureau

Wasserstand am 7. November. Elbe bei Wulffig + 0,18 Meter, bei Dresden - 1,23 Meter, bei Radeburg + 1,47 Meter. — Uckerath bei Straußfurt + 1,45 Meter. — Oder bei Ratibor + 1,34 Meter, bei Dresden Oberpegel + 4,98 Meter, bei Dresden Unterpegel - 1,26 Meter, bei Frankfurt + 1,35 Meter. — Weichsel bei Brandenburg + 2,85 Meter. — Warthe bei Hofen + 0,68 Meter. — Nege bei Ull + 1,10 Meter.

Teures Fleisch — billige Seefische!! Bester Fleischersatz, schmackhaft und durch hohen Nährgehalt sich auszeichnend! Große Fänge in lebendfrischer Ware sind soeben eingetroffen!

Ein Versuch mit diesen äußerst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen. Seefisch-Kochbücher gratis. Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“ Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8—10. Zentral-Fernsprecher: Amt III, 8304. Verkaufsniederlagen: Prinzenstraße 30, Madalstraße 22, Landsbergerstraße 52-53.

Cabliau ohne Kopf 25 Pf. Seelachs ohne Kopf 25 Pf. Goldbarsch Ersatz für Zander 25 Pf. Alle übrigen Sorten Seefische zu billigsten Tagespreisen.

Preisermäßigung 10 Pf. Brennspiritus „Marke Herold“ pro Liter = Original-Literflaschen mit Patentverschluß. Man nehme nur Flaschen mit unversehrten Verschlußstreifen, auf welchen Gradstärke und Preis vermerkt sind! 30 Pf. pro Literflasche ca. 90 Vol.%, 33 Pf. pro Literflasche ca. 95 Vol.%. In Berlin und Umgebung etwa 9000 Verkaufsstellen. Zentrale für Spiritus-Verwertung, G. m. b. H., Berlin W. 8.

Brauerei F. Happoldt Hasenheide 328 Berlin S., Hasenheide 328 empfiehlt ihr Lager-Münchener-Tip-Top-Bier in Flaschen und Gebinden. Telephon: Amt 4. 9115.

Deutscher Metallarbeiter - Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher Amt IV, 9679.
Arbeitsnachweis Zimmer 34, Amt IV, 3353.

Samstag, den 12. November, vormittags 10 Uhr, in der
Neuen Welt, Hasenheide:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Kassenbericht und Bericht der Revisoren. 2. Neuwahl des zweiten
Bevollmächtigten, zweier Revisoren und zweier Beisitzer. 3. Die Aus-
sperung in der Elektrizitäts-Industrie. 4. An die Verwaltung gelangte
Anträge.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

2. Ziehung 5. Kl. 213. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 8. November 1906, vormittags.
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden
Nummern in Klammern beigefügt.

Table with lottery numbers and prizes, including columns for numbers and amounts. Includes sub-sections for 'Nachdruck verboten' and 'Ohne Gewähr'.

Table with lottery numbers and prizes, including columns for numbers and amounts. Includes sub-sections for 'Nachdruck verboten' and 'Ohne Gewähr'.

2. Ziehung 5. Kl. 213. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 8. November 1906, nachmittags.
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden
Nummern in Klammern beigefügt.

Table with lottery numbers and prizes, including columns for numbers and amounts. Includes sub-sections for 'Nachdruck verboten' and 'Ohne Gewähr'.

Table with lottery numbers and prizes, including columns for numbers and amounts. Includes sub-sections for 'Nachdruck verboten' and 'Ohne Gewähr'.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Freitag, den 10. November, abends pünktlich 6 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Versammlung.

Zu dieser Versammlung sind sämtliche Kollegen, die bei den nachstehenden Firmen arbeiten, ein-
geladen. Die hier benannten Firmen haben den bis zum Jahre 1907 geltenden Tarifvertrag
noch nicht anerkannt, zahlen auch teilweise die im Verträge festgelegten Löhne nicht:

Gebr. Kreris, Friedrichstr. 243. F. Düsing, Altdorf, Friedenstr. 16. R. Düsing, Gubenstr. 31.
Dix u. Co., Aktien-Gesellschaft für Beton- und Rohrbau, Hohlebergstr. 1. P. M. Dietrich, Fegeler
Weg 1. R. Gide, Greifswalderstr. 73/74. Becker, Wilmersdorf, Hohenholtenplatz 7. F. Dölllein,
Fogotstr. 4. G. Böhm, Buttmanstr. 7. Verth u. Lunge, Kafanenstr. 63. N. Kurlang, Spandau,
Seeburgstr. 15. G. Beeremann, Lehrterstr. 45c. P. Beringer u. Co., Wichmannstr. 12a. Otto u. Co.,
Wilhelmshagenstr. 70. J. Dobricz, Potsdamerstr. 10/11. B. Bensch, Köpenickerstr. 28. Pfah,
Köpenick, Bahnhöfstr. 14. D. Richter, Waldstr. 20. G. Reich, Curprstr. 17. Sebastian Stehle, Hohen-
staufenstraße 18. August Schmidt, Wichmannstr. 9. E. Rusch, Grünstr. 9. R. Schirmer, Bldhauer,
Schaperstr. 32. R. Schäfer, Anhalterstr. 4. E. Weisse junior, Wilmersdorf, Prinz-Regentenstr. 31.

N.B. Die Versammlung wird jedermann zu dem Besuche kommen, daß die bei den obgenannten Firmen
beschäftigten Kollegen die Arbeit einstellen und daß über diese Firmen die Sperrung verhängt wird. Es ist
deswegen Pflicht aller in Betracht kommenden Kollegen, die Versammlung zu besuchen. Da die Versammlung zu
6 Uhr einberufen ist, müssen die Kollegen von der Arbeitsstelle sofort in die Versammlung kommen.
1495*

Der Vorstand.

Verband der Wäsche und Krawattenarbeiter Deutschlands. (Filiale Berlin.)

Donnerstag, 9. November, abends 8 Uhr,
in Bordes Vereins-Sälen, Neue Königstr. 7.

Deffentl. Versammlung

aller Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma
Cohn & Daniel, Wallstr. 11-13.

Tages-Ordnung:
1. Wie stellt sich die Arbeiterschaft der Firma Cohn & Daniel
zu der Entlassung der Zuschneider, Starkerinnen und Plätterinnen?
Referent: Kollege B. Keller. 2. Diskussion.
3. Heimarbeitern erscheint alle! Der Vorstand.

Husten, Heiserkeit
reicht
Hustentropfen
sicher und schnell
Nur echt, wenn
mit Mark
verschlös-
sen. Jede 50 Pf.

Erhältlich in den Apotheken und bei
Otto Reibel, Berlin SO 4 Eisenbahnstr. 4.

2. Ziehung 5. Kl. 213. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 8. November 1906, nachmittags.
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden
Nummern in Klammern beigefügt.

Table with lottery numbers and prizes, including columns for numbers and amounts. Includes sub-sections for 'Nachdruck verboten' and 'Ohne Gewähr'.

Table with lottery numbers and prizes, including columns for numbers and amounts. Includes sub-sections for 'Nachdruck verboten' and 'Ohne Gewähr'.

2. Ziehung 5. Kl. 213. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 8. November 1906, nachmittags.
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden
Nummern in Klammern beigefügt.

Table with lottery numbers and prizes, including columns for numbers and amounts. Includes sub-sections for 'Nachdruck verboten' and 'Ohne Gewähr'.

Table with lottery numbers and prizes, including columns for numbers and amounts. Includes sub-sections for 'Nachdruck verboten' and 'Ohne Gewähr'.

Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV. 1983.

Nr. 263. Donnerstag, den 9. November 1905.

Inserate Sechspaltene Kolonelle 20 Pfg.
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Vorort-Nachrichten.

Spandau.

Wähler der zweiten Abteilung! Wir machen darauf aufmerksam, daß heute die Wahlen für die zweite Abteilung stattfinden. Da diesmal fünf gegnerische Listen vorhanden sind, ist eine Beteiligung unserer Partei dringend wünschenswert. Die Wahl findet statt von vormittags 10—1 Uhr und nachmittags von 5—7 Uhr, und zwar in dem Wahllokal Ritterstr. 12, im Restaurant „Zur Palme“. Es kandidieren die Genossen Wilhelm Scholz, Karl Rupprecht, Wilhelm Pieper und Otto Hallecker.

Schöneberg.

Die erste Wählerabteilung hat nunmehr ebenfalls ihre Delegierten ins Stadtparlament entsandt. Mit der Vertretung der Interessen des Großkapitals wurden für würdig befunden die bisherigen Stadtverordneten Augustin, Knoll, Schäfer, Lohausen, Wehring und der Stadtrat a. D. Leibig. Letzterem soll damit eine Genugtuung für seinen Durchfall bei der Stadtratswahl verschafft werden. Auf speziellen Wunsch der Wähler dieser Klasse ging die Ernennung der Vertreter in diesem Jahre zum erstenmal in Bezirken vor sich.

Wierzig Einbrüche sind in letzter Woche in Schöneberg verübt worden. Aus der Art der Ausführung der Diebstähle geht hervor, daß es sich hier um eine wohl organisierte Bande handelt, welche systematisch arbeitet. Die Diebe suchen sich die nächtlichen Stunden zu ihrem verbrecherischen Treiben aus. Mit geradezu verblüffender Frechheit gehen sie dabei zu Werke. Es sei hier ein Beispiel aus der Sponholzstraße gegeben. Die Bande verschaffte sich zunächst mittels Nachschlüssels Eingang in den Hof, drückte dann die Fensterscheibe der Parterrewohnung ein und tauchte dort aus den Zimmern, was irgend welchen Wert hatte. Nicht einmal das Schlafzimmer, in dem der Wohnungsinhaber zu Bett lag, verschonten die Gesellen. Hatten sie die Parterrewohnung abgegrast, so gingen sie hinauf zur ersten Etage, und wenn hier die Beute nicht ihren Wünschen entsprechend ausfiel, so brachen die Diebe auch noch in der zweiten und dritten Etage ein. Im Laufe einer Nacht nahmen die Einbrecher in einem Straßenzug gleich mehrere Häuser vor. So suchten sie in der Hauptstraße die Grundstücke 132, 135 und des Hauses Helm- und Hauptstraße beim und in der Sponholzstraße brachen sie in einer Nacht in den Häusern 6, 8 und 9 ein. Auch Bodenstücke vermaßte die Bande nicht und nicht einmal nasse zum Trocknen aufgehängte Wäsche war vor den Langfingern sicher. Das Konfortium belacht sich auch mit Ladeneinbrüchen. Hierbei hatten sie jedoch oft Pech, da sie bei ihrer Arbeit gestört wurden. Bei den nächtlichen Raubzügen rissen die Diebe Türklinen von den Häusern und goldene Buchstaben von den Schaufenstern ab und nahmen sie mit. Das gleiche taten sie mit elektrischen Glühbirnen. Auf diese Weise wurden eine Reihe von Hauseignern und Geschäftsinhabern in der Kolonnen- und Gustav-Müllerstraße empfindlich geschädigt. Die Mitglieder der Einbrecherbande, die von Nachtwächtern schon mehrfach beobachtet wurden, bestehen aus halbwüchsigen Burschen.

Die Polizei hat noch keinen gefaßt, sie sucht noch.

Mit einem neuen Lehrplan für unsere siebenstufigen Gemeindeschulen beschäftigt sich gegenwärtig die Schuldeputation. Derselbe deckt sich im großen und ganzen mit dem Lehrplan der Berliner Gemeindeschulen. Der Entwurf ist bereits von dem Kreis- und Schulpflichtinspektor sowohl wie von den Rektoren in gemeinsamer Sitzung gutgeheißen worden. Wir werden also abwarten.

Rixdorf.

Neuere Jungen. Durch die Geistesgegenwart zweier Schullnaben ist gestern zwei Wogenbienen ihre Beute abgejagt worden. In der Ecke der Thomas- und Bergstraße in Rixdorf hatte der Gastwirt Jädel aus der Wallerstr. 27 mit seinem Oreal, das mit einem wertvollen Blauschimmel bespannt war, angehalten und das Fuhrwerk einen Augenblick ohne Aufsicht gelassen. Diese Gelegenheit machten sich zwei Männer zunutze. Sie schlangen sich auf den Wagen, schlugen auf das Pferd ein und jagten in wildem Tempo davon. Die Schullnaben Paul Richter, Bergstr. 41, und Paul Ratfisch, Thomasstr. 17 wohnhaft, hatten den Diebstahl beobachtet und verfolgten die Fährten. Nur mit großer Mühe gelang es ihnen, das Tempo des dahineilenden Gefährts einzuhalten. An der Ecke der Hall- und Kopfstraße hielten die beiden Diebe plötzlich an und wollten sich in ein Lokal begeben. In diesem Augenblick kamen die beiden Knaben in der Schweige gebadet hinzu. In energischen Worten erklärte der keine Richter den verdächtigten Gaunern, daß das Fuhrwerk von ihnen gestohlen sei und daß es dem Eigentümer unbedingt wieder zugestellt werden müsse. Ob sie sich die geprellten Diebe von ihrer Ueberwachung erholt hatten, waren die beiden Knaben auf das Oreal hinaufgeklüftet und davongefahren. Die Kriminalpolizei ermittelte als Täter den 31-jährigen Ausländer Ernst Laude aus der Rixdortstraße 96 und den 19-jährigen Ausländer Wilhelm Lindner aus Berlin.

Weißensee.

Bermittelt wird seit dem 31. Oktober der 15-jährige Arbeitsschweizer Wilhelm Schindler, Falkenbergstr. 15 wohnhaft. Derselbe war bekleidet mit dunkler Jacke, gestreifter dunkler Hose und blauer Ledermütze. Er hatte die Angewohnheit, die Hände über der Brust in die Jacke zu stecken, die linke Schulter hängt etwas. Wer näheres über den Verfaßten angeben kann, wird gebeten, dies den Eltern oder einem Polizeibureau mitzuteilen.

Nieder-Schönhausen.

Der sozialdemokratische Wahlverein hatte an die Gemeindevertretung den Antrag gestellt, angesichts der allgemein herrschenden Fleischnot nach dem Vorbilde vieler Ortschaften des Kreises Nieder-Barnim bei der Regierung vorstellig zu werden, daß diese unverzüglich Maßnahmen zur Abhilfe treffe; als eine solche wurde die Lieferung der Grenzen für die Vieheinfuhr vorgeschlagen. Der Gemeindevorsteher legte dar, daß inzwischen eine Konferenz von Vertretern der verschiedenen Großstädte getagt habe. Eine Petition der Gemeinde an die Regierung würde wohl wenig nützen, so daß es genüge, wenn die Gemeindevertretung ihren Standpunkt dahin festlege, daß auch sie eine Fleischnot und Fleischnot empfinde und eine schleunige Abhilfe dringend notwendig sei.

Durch die Kanalisationsarbeiten in Schönhausen befinden sich die Straßen in einem unpassierbaren Zustand. Es wurde deshalb von der Straßeneinigungscommission der Antrag gestellt, 300 M.

zu außerordentlichen Reinigungs sämtlicher Straßen zu bewilligen. Die Mehrzahl der Dorfväter konnte sich zu diesem selbstverständlichen Meinlichkeitsstandpunkt nicht aufschwingen und will erst versuchen, ob nicht die die Kanalisationsarbeiten ausführenden Firmen auf ihre Kosten die Straßen reinigen. Andererseits können die Einwohner durch den Kot waten und sich darüber streiten, wer zu bezahlen hat.

Ober-Schöneeweide.

Die Entwicklung des Ortes und der damit zusammenhängenden regen Bautätigkeit und eifrigen Grundstückspekulation zeigt sich deutlich in den Eingängen der Umsatztsteuer. Erhöhen wird dieselbe mit 1 Proz. bei bebauten und 1 1/2 Proz. bei unbebauten Grundstücken. Im Etat 1905 sind hierfür 32 000 M. in Ansatz gebracht. Diese Summe wird bei weitem überschritten werden. Im ersten Halbjahr sind bereits 45 000 M. eingegangen. — Die Einwohnerzahl hat das 14. Tausend jetzt schon überschritten. — Mit dem Bau des Wasserwerks für den Ortsteil Ostend ist jetzt begonnen worden. Es erfordert einen Kostenaufwand von 80 000 M. und wird errichtet an der Kreuzung der Weiskopf- und Köpenickerstraße auf einem vom Forsthaus kostenlos überwiehenem Terrain. Die Anlage des Werkes soll eine jeberzeitige Erweiterung im Hinblick auf das neu eingemeindete Forstterrain gestatten. — Der Erweiterungsbau (zweiter Klarturm) der Klarturmanlage ist schon erheblich fortgeschritten. Er hat sich notwendig gemacht, da das bisherige Werk zu Zeiten an der Grenze der Leistungsfähigkeit stand. Die Kosten dieses Baues betragen 180 000 M. — Zwecks Errichtung einer fakultativen Fortbildungsschule für Mädchen ist vom Gemeindevorstand eine Bekanntmachung erlassen. — Die Volksbibliothek, für welche bereits ein größerer Fonds vorhanden ist, hat leider in neu erbauten Amtshaus keine Räume zur Verfügung und harret noch immer ihrer Errichtung. Es wäre dringend zu wünschen, hier Abhilfe zu schaffen.

Waldmannslust und Umgegend.

Am Sonntag, den 5. d. M., hielt der Wahlverein in Hermsdorf seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Der Bericht von der Brandenburger Provinzialkonferenz konnte nicht gegeben werden, weil der Delegierte Genosse Waspohl am Erscheinen verhindert war. In Vereinsangelegenheiten wurde ein vom Genossen Sohrauer schon in voriger Versammlung gefellter und diskutierter Antrag, „den Schraubendreher Max Schindler aus Hermsdorf, Seebachstraße 42 wohnhaft, bei Siemens u. Halske, Charlottenburg, Zeanklinstraße, arbeitend, wegen Streikbruch aus dem Wahlverein auszuscheiden“, einstimmig angenommen. Weiter gelangte noch ein Antrag zur Annahme, die sämtlichen Mitglieder aufzufordern, ihre über drei Monate reitenden Beiträge bis zum 1. Januar 1906 zu entrichten, widrigenfalls ihre Mitgliedschaft erlischt. Zur Kreisversammlung wurden die Genossen Duade, Sohrauer und Uffert gewählt.

Potsdam.

Mit der Überlegung der Eisenbahn zwischen der Station Charlottenhof und der Bildparkstation, wodurch der hintere Teil der Brandenburger Vorstadt in Potsdam eine bessere Wegeverbindung zwischen Victoria- und Neue Luisenstraße erhält und dadurch der Bautätigkeit erschlossen wird. Ist jetzt der Anfang gemacht worden. Die Überlegung des Bahnlkörpers geschieht zugleich mit dem Ausbau der sich von der Bildparkstation abzweigenden Bahnstrecke nach Caputh, Beetz und Treuenbrietzen, welche an der Rückseite des Bildparks des Kaisers entlang führt, dann durch die Wilschleibe geht, die Habelmündung beginnt und das Caputher Gemeinde überschreitet. Obwohl beim Beginn wie beim Caputher Gemeinde sind die Brückenbauten schon bedeutend vorgeschritten. Die Überlegung der Stammbahn bedingt aber auch die Überlegung der Habelbrücken am Kiez in Potsdam, weil gleich hinter der Station Charlottenhof die Habelmündung beginnt. Diese beiden Eisenbahnbrücken werden deshalb vollständig abgebrochen und neu erbaut. Mit dem Bau der Rotbrücken hat man bereits den Anfang gemacht. Beim Luftgarten in Potsdam wird dann der Bahndamm allmählich wieder niedriger, so daß Bahnhof Potsdam im alten Niveau verbleibt.

Berliner Nachrichten.

Die genasführten Straßenbahner.

Bei dem Straßenbahnerstreit im Jahre 1901 lernte die Direktion der „Großen Berliner“ zum erstenmal die Macht einer Arbeiterorganisation kennen. Was Wunder, daß sie sich nach Beendigung des Streits denn auch schleunigst bemühte, für „ihre“ Angestellten eine „eigene“ Organisation zu schaffen. Es fanden sich auch bald willfährige Elemente, die den Wunsch der Direktion in die Tat umsetzen, und so entstand im Handumdrehen der „Verein der Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn“. Natürlich sollte dieser Verein beileibe keine Kampforganisation sein, und er war es bis heute auch nicht. Vielmehr trug der Verein den ausgesprochenen Charakter eines großen Altklubs, der das „Beamtenbewußtsein“ der Straßenbahner hegen und die „allseitige Harmonie“ zwischen den Angestellten und ihren Arbeitgebern pflegen sollte. Jahreslang ging auch alles ganz nach Wunsch. Mit „sanften Druck“ war bald die große Mehrheit der Angestellten zu Vereinsmitgliedern gepreßt worden und die Direktion zeigte sich als „gütige Wohltäterin“. Sie protegierte den Verein mit allen Mitteln; gab billiges Vangeld zu einer Straßenbahner-Paugenossenschaft, gewährte dem Verein Mittel zum „Rechtschutz“ der Angestellten und zur Gründung einer Sterbekasse und Darlehnskasse, ließ die wunderlichsten Ansprachen bei Vereinsfestlichkeiten halten und gab auch sonst noch, was an dergleichen „Wohltaten“ nur eine Direktion irgend zu geben vermag. Kurz, sie schützte und schirmte das Heer ihrer Angestellten vor allen Uebeln des Leibes und der Seele, wie eine Henne ihre Küchlein beschirmt. Nur eines vergah die Direktion; nämlich die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Angestellten zeitgemäß anzubessern. Dadurch wären nämlich die Dividenden der Aktionäre etwas geschmälert worden, und was, zum Teufel, nützte den Herren „ihre“ ganzer Angestelltenverein, wenn zu allem Wohltätigkeitsverdruss auch noch die Dividenden leiden sollte! Der Verein war doch eigens dazu gegründet, um die Angestellten „zufrieden“ zu machen und so

den Streikbazillus unglückseligen Angebens in ihnen endgültig zu ertöten. Deshalb beschränkte sich die fürsorgliche Direktion auch in der Regel nur darauf, den glücklichen Vereinsmitgliedern ein- über das anderemal zu erklären, sie werde deren Bitten und Wünsche, sobald sich diese auf Lohn- und Arbeitszeit bezogen, nach wie vor „wohlwollend prüfen“. So hofften denn die Angestellten, und die Direktion — prüfte.

Mittlerweile kam aber die Fleischnot. Die Preise stiegen enorm und die Angestellten mußten den Schmachtrien enger ziehen, denn die Direktion prüfte noch immer! Mit ihren 90 bis 100 M. Gehalt konnten sich die Straßenbahner aber beim besten Willen keine vollständige Fleischration mehr leisten. Am schlimmsten waren die Hilfsfahrer und Schaffner daran, die einen „Gehalt“ beziehen, der noch unter dem ortsüblichen Tagelohn zurückbleibt. In dem Verein wurden mittlerweile von Generalsekretären und sonstigen Vorgesetzten weiter die üblichen belehrenden Vorträge gehalten — jedoch nicht über Fleischnot, und die Direktion prüfte immer weiter. Da kamen jüngst die Vertrauensmännerwahlen heran. Es sollte von den Angestellten die Körperschaft gewählt werden, die der Direktion zweimal jährlich die ephrebetigen, wohlwollend zu prüfenden Wünsche und Bitten des Personals in gebührender Höflichkeit gehoramt zu unterbreiten hat. Von den geborenen Ehrenmitgliedern des Vereins, den bekannten höheren und niederen Vorgesetzten der Straßenbahner, war auch mit ganzer Hingebung agitiert worden, damit nur ja die vom Verein aufgestellten Vertrauensmänner, jedoch beileibe nicht etwa die vom Transportarbeiter-Verbande nominierten Kandidaten gewählt würden. Alles war guter Hoffnung voll. Aber sei es nun, daß den schwergeprüften Angestellten die „Prüfungen“ der Direktion zu lange dauerten, oder sei es, daß sie die ganze zweifelhafte Vereinsmeierei satt haben — das Ergebnis der Vertrauensmännerwahlen war, daß auf die Kandidaten des Transportarbeiter-Verbandes die doppelte Stimmenzahl entfiel wie auf die Kandidaten des Vereins! Alles hatten die Vorstandsmitglieder erwartet, nur das nicht. Sie standen vor einem Rätsel. Die Direktion hatte doch so wohlwollend geprüft, und nun ein solches Resultat! Da mußte unbedingt etwas geschehen, denn wer konnte wissen, ob die Unzufriedenheit nicht wieder so weit um sich fangt, daß ganz über Nacht, so wie im Jahre 1901, abermals ein großer Streik zum Ausbruch käme. So befachte sich denn im Oktober eine Vorstandssitzung des Vereins mit dem „betäubenden“ Wahlergebnis, und dort wurde beschlossen, im November eine außerordentliche Versammlung einzuberufen, damit die Vereinsstatuten geändert und eine Demokratisierung des Vereins vorgenommen werde. Damit soll verhindert werden, daß die Angestellten sich dem Verein noch mehr entfremden und sich in noch größerer Zahl dem Transportarbeiter-Verbande anschließen.

Ob dies Mittel auf die Dauer helfen wird, ist allerdings fraglich. Auch der zufriedenste Angestellte kommt schließlich zur Einsicht, daß ihm nicht ein lendenlahmer „Direktionsverein“, sondern nur eine moderne Gewerkschaftsorganisation vorwärts helfen kann.

Genosse Häsel ist am Dienstag aus dem Strafgefängnis Tegel, in dem er aus Anlaß des Königsberger Hochverratsprozesses sich drei Monate aufhalten hatte, entlassen worden. Wir begrüßen den Genossen in der Freiheit und hoffen, daß er nach wie vor im proletarischen Klassenkampf seinen Mann stehen wird.

Berlin und die Fleischnot. In der gestrigen Sitzung der gemischten Deputation zur Beratung der Fleischnot wurde die schleunige Abänderung der von der Untercommission ausgearbeiteten Denkschrift an das preussische Staatsministerium und den deutschen Bundesrat mit kleinen Änderungen beschlossen. Die allseitig gelobte Denkschrift bringt ein äußerst wertvolles Material — so stellt sie auf Grund der Veröffentlichungen des königlichen statistischen Landesamtes fest, daß die Fleischpreise gerade in den letzten Monaten auch im Detailhandel eine vorher ungeahnte, geradezu erschreckende Erhöhung erfahren haben. Auf Grund des Materials der Denkschrift wird vom preussischen Staatsministerium gefordert, daß es unter Wahrung der wirklich nötigen sanitären Maßregeln die Grenzen für ausländisches Vieh und Fleisch öffnet und bei den zuständigen Reichsinstanzen dahin wirkt, daß die Vieh- und Fleischzölle sowie die Zölle auf Futtermittel aufgehoben oder doch wesentlich herabgesetzt werden.

Vorschläge der agrarischen Zentralstelle für Viehverwertung an die Stadtverwaltung werden in einem Gutachten des Direktors Goltz vom Viehhof als völlig undurchführbar bezeichnet und die durchaus begründete Vermutung ausgesprochen, daß die Vorschläge in voller Kenntnis ihrer Unannehmlichkeit nur gemacht worden seien, um ihre Zurückweisung agitatorisch auszunutzen. Die Verhandlungen werden auf eine spätere Sitzung verlagert, in der über die Mittel beraten werden soll, die die städtischen Behörden selbst anwenden können, um der Fleischnot entgegenzutreten und den städtischen Fleischhandel in etwas von den Agrariern unabhängiger zu machen.

Die Abperrungen am Montag und Dienstag haben der ertverbdätigen Bevölkerung ganz erheblichen Schaden und viel Verdruss zugefügt. Der gute Spiegelbürger schimpft wohl eine Zeit darüber, dann aber zieht er seine Schlafmütze wieder über die Ohren und findet, daß wir in der besten der Welten leben. In einer Korrespondenz macht „ein Berliner“ seinem bedrängten Herzen in folgender Weise Luft: „Am 2 1/4 Uhr kam ich auf dem Potsdamer Bahnhof an, um mit der Hochbahn nach dem Osten zu fahren, an den König von Spanien dachte ich nicht. Kaum war ich auf dem Bahnhofsvorplatz des Ringbahnhofs angelangt, als mir ein Schuymann den Befehl gab, mich sofort nach der Köthenerstraße zu entfernen. Leicht gesagt, überall standen Menschenmengen, durch die man sich hindurcharbeiten mußte. Die Bahnhofstraße zur Hochbahn war gesperrt, der Eingang zur Hochbahn gesperrt. Weil ein fremder Fürst erwartet wurde, konnte Berlin seinen Geschäften nicht nachgehen. Ich wollte deshalb, da mir die Hochbahn versperrt war, nach der Mittelstraße gehen. Auch dies war unmöglich, Siegesallee, Charlottenburger Straße, die Linden b

